

Michael Brie, Christoph Spehr

Was ist heute links?

Wurde vor anderthalb Jahrzehnten heftig darüber diskutiert, ob die Unterscheidung »links« und »rechts« überhaupt noch bedeutungsvoll ist, will sich jetzt eine neue Partei als »Die Linke« in Deutschland gründen. Mit dem Weltsozialforum ist 2001 ein linker Gegengipfel zum Treffen der Herrschaftseliten der Welt in Davos entstanden. In Europa wurden wichtige soziale und politische Kämpfe der letzten Jahre offensiv von links geführt. Was aber ist heute links? Was heißt überhaupt links? Die selbstbewusste Verwendung dieses Wortes ersetzt nicht die aktive Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart der Linken. Deshalb sei auch diesem Beitrag vorangestellt: »Gelobt sei der Zweifel. Ich rate Euch, begrüßt mir – heiter und mit Achtung – den, der Euer Wort wie einen schlechten Pfennig prüft.« (Bertolt Brecht) Kritische Hinweise zu diesem Beitrag bitte an: glaser@rosalux.de.

1. Alltag, Protest und Meinungsforschung

Obwohl immer wieder gern verkündet wird, die Begriffe links und rechts seien überholt und hätten ihre Bedeutung verloren, können die meisten Menschen sehr wohl etwas damit anfangen. Nur ein Zehntel von Befragten gibt auf die Frage »Wo würden Sie sich auf einer Skala zwischen 0 (links) und 10 (rechts) politisch einschätzen?« keine Antwort oder sagt »Weiß nicht«.

Wie jeder bei einer Spontanumfrage im Bekanntenkreis, in der Familie oder am Arbeitsplatz feststellen kann, sind die Antworten auf die Frage, was denn nun links sei (oder was heute links sei), allerdings unterschiedlich. Viele antworten, links sei eben das, was viele für links halten: »die Linke«, die »Linkspartei«, »linke Politik«, »linke Meinungen«, vielleicht die Gewerkschaften oder Attac. Andere bringen in ihre Antwort das Wort »eigentlich« ein: Die Linke heute sei so und so, aber *eigentlich* müsste links heute das und das bedeuten. Und wieder andere denken überhaupt nicht an Politik, sondern an Menschen, ihre Haltung zu sich, zum Leben, zu anderen: »Links, das sind Dreadlocks und wenn man Joints raucht, keinen militärischen Haarschnitt hat und eher locker drauf ist.« Oder sie nennen Che Guevara oder Rudi Dutschke.

Bei einer Umfrage unter Studierenden in der Mitte der 90er Jahre gaben die Befragten Folgendes an:

Links ist: sozial (19 % der Angaben zu links), ökologisch (11 %), SPD (9 %), sozialistisch (9 %), kommunistisch (9 %), Weltoffenheit (8 %), liberal,

individuell (8 %), Grüne (7 %), progressiv (5 %), gewerkschaftsnah (5 %);

Rechts ist: konservativ (24 % der Angaben zu rechts), Vertretung der Besitzenden (11 %), nationalistisch (10 %), CDU/CSU (9 %), rechts-extrem (7 %), traditionsorientiert (7 %), REPs (6 %), Ausländerhass (5 %), Machtorientierung (5 %), Starrheit (4 %).« (Alex Demirovic, <http://staff-www.uni-marburg.de/~rillingr>).

In diesen Antworten sind drei verschiedene Aspekte dessen, was links ist, benannt. Es gibt, erstens, »die Linke« als eine historische Kraft, die sich über Organisationen und Personen definiert. Es gibt, zweitens, inhaltliche Positionen, die links oder rechts sein können. Und es gibt, drittens, Haltungen, kulturelle und soziale Verhaltensmuster, die wir als links oder rechts wahrnehmen. Nicht alles, wofür »die Linke« zu einem bestimmten Zeitpunkt eintritt, wird jedem

lichtung

manche meinen
lechts und rinks
kann man nicht velwechsern
werch ein illtum
(Ernst Jandl)



taz: Was ist links?

Harry Rowohlt: Keine Ahnung.

taz: Sind Sie links?

Harry Rowohlt: Ja!

SEMINARZUTAT

Notieren Sie bitte schnell und ohne lange zu überlegen:

1. eine Person, die für Sie links ist
2. ein historisches Ereignis, das für Sie links ist
3. eine Organisation, die für Sie links ist.

Tauschen Sie dann die Blätter. Welche Übereinstimmungen gibt es? Wo gibt es Einspruch dagegen, »dass das links ist«?

»Insgesamt findet sich die Rechte eher als die Linke mit dem Vorhandensein von Ungleichheiten ab, und sie unterstützt außerdem lieber die Mächtigen als die Machtlosen.«

Anthony Giddens

als links gelten oder historisch dauerhaft dafür stehen. Und zwischen der politischen und der kulturellen Sphäre, zwischen den politischen Organisationen und dem Alltagshandeln, gibt es immer Spannungen.

»Was machen wir heute?«,
fragte ich.

»Für den Frieden kämpfen«,
antwortete Annette entschieden.

»Nicht mit mir«, sagte ich,
während Eleanor »O nein,
Mummy!« stöhnte.

Die Anti-Atomwaffendemo
hatte ich ganz vergessen, obwohl
wir sie schon vor Wochen erst
mit Bleistift und dann mit Kugel-
schreiber in den Küchenkalender
eingetragen hatten.

»Nehmt euch zusammen,
ihr Anarchisten«, sagte Annette.

Ken MacLeod, Die MarsStadt

*»Das Programm des Sozialisten ist
ein radikales Freiheitsprogramm,
wobei der Sozialist weiß, dass
Freiheit nur realisiert werden kann,
wenn die soziale Existenz gesichert
ist – das weiß der Neoliberale und
der Konservative nicht. Freiheit
heißt richtig verstanden auch,
dass nicht die Wirtschaft herrscht,
sondern das Volk.«*

Oskar Lafontaine

*»Globalisierung bedeutet
Arbeitslosigkeit, Lohndumping,
Sozialabbau, Naturzerstörung
und Krankheit ...
Es gibt keine gerechte
Globalisierung.«*

NPD, Aktionsprogramm für ein
besseres Deutschland

Die Anti-Hartz-IV-Demonstrationen des Jahres 2004 – von links und von rechts

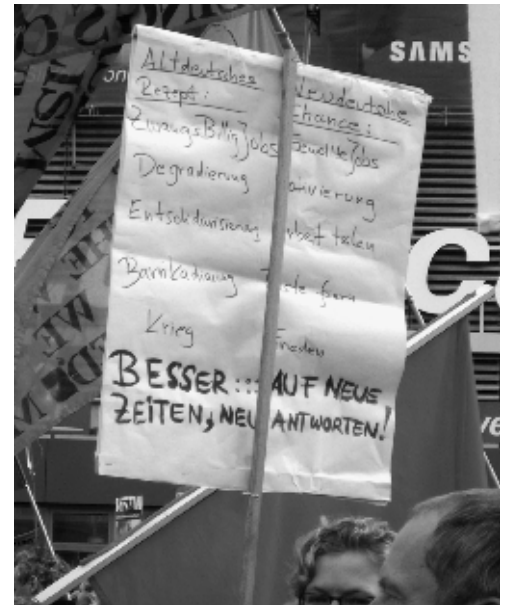
Im späten Juni 2004 verfasste der Langzeitarbeitslose Andreas Erholdt einen Aufruf zu einer Montagsdemonstration in Magdeburg und vervielfältigte ihn. Zur ersten Demonstration kamen gut 600, bei der zweiten weit über 6.000. In der dritten Woche waren es über 15.000. Im September 2004 gingen in mehr als 200 Städten Hunderttausende auf die Straße. Erst im Spätherbst brach die Bewegung ab.

Diese Demonstrationen zeichneten sich dadurch aus, dass sie von den sozial Betroffenen selbst begonnen wurden. Es waren keine Demonstrationen der Parteien und Gewerkschaften, sondern der Bürgerinnen und Bürger selbst, auch wenn zunehmend organisierte linke Kräfte durch ihre Infrastruktur Unterstützung leisteten.

Wie schon 1989 hatten die Demonstrantinnen und Demonstranten ihre Plakate und Spruchbänder selbst gefertigt und oft mit gereimten Sprüchen und eigenen Texten versehen: »Nieder mit Hartz IV, das Volk sind wir«, »Die Taschen sind leer, Herr Schröder will mehr«, »Arbeitslos, wohnungslos, mittellos, hoffnungslos«, »Mein Sparbuch bekommt Ihr nicht!« und »Hartz't du schon oder lebst du noch?«

Die Demonstrationen des Sommers und Herbstes 2004 wandten sich gegen die soziale Enteignung, die mit den Hartz-IV-Reformen gerade für ältere Arbeitslose verbunden war; sie richteten sich gegen das, was die Protestierenden als Verfügung über ihr Leben und ihr Schicksal ansahen, und gegen die damit verbundene Ausgrenzung aus der sozialen Mitte der Gesellschaft. Sie sahen sich in ihrer Würde verletzt.

Auf diesen Protest der Bevölkerung reagierte auch die organisierte Rechte in Deutschland. Unter Losungen wie »Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen. Weg mit Hartz IV! Weg mit dem asozialen System!« wurde systematisch versucht, die Demonstrationen für sich zu vereinnahmen. Der Unterschied zu den Linken lag vor allem dort, wo oft ein und dieselben Forderungen nationalistisch, rassistisch und antidemokratisch begründet wurden. Zusätzlich plädierten die Rechten für Abschottung nach außen und für Abschiebung von in Deutschland lebenden Ausländern, die sie als Schuldige ansahen.



Ein Plakat auf einer Montagsdemo in Berlin, August 2004

Kritik an der neoliberalen Globalisierung wurde nationalistisch und ausländerfeindlich aufgeladen. Bei den Auseinandersetzungen im Opel-Konzern wurde ein Banner mit der Losung: »Globalisierung killt deutsche Arbeitsplätze – Nationale Solidarität mit dem Arbeitskampf bei Opel« vor dem Werkstor postiert.

Die Kritik an den Hartz-Gesetzen wurde mit der Diffamierung von Asylbewerbern und der Parole »deutsche Steuergelder für Deutsche« verbunden. Im Anklang an die berühmte Rede Kaiser Wilhelm II. am Beginn des I. Weltkrieges hieß es auf einem Transparent der Republikaner: »Wir kennen keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche – weg mit Hartz IV!«

Die Klärung von Positionen wird hier zu einer Überlebensfrage für die Linke. Einerseits wird von den Neoliberalen versucht, jede Kritik an neoliberaler Globalisierung und jedes Eintreten für staatliche Regulierung als nationalistisch, reaktionär und rechtsextrem zu diffamieren. Andererseits stehen soziale Bewegungen und die Linke in der Verantwortung, sich aktiv gegen rechts abzugrenzen, indem sie sich ausdrücklich nicht gegen andere sozial schwache Gruppen richten, sondern sich mit ihnen solidarisieren. Das ist deswegen so wichtig, weil Öffnungen nach rechts in Bewegungen nahezu spontan entstehen: Man konzentriert sich auf »seine« Sache und stellt dann erst fest, dass andere damit ausgegrenzt werden.

SEMINARZUTAT

Bei welchen Forderungen und Positionen schwimmt Ihrer Meinung nach heute die Abgrenzung zwischen links und rechts? Was ist nötig, um sie herzustellen?

Links und rechts in der Meinungsforschung

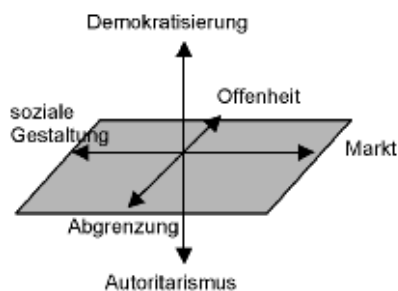


Die Meinungsforschung misst links und rechts anhand von vorher definierten Positionen, die als symptomatisch für links oder rechts gelten. Drei Positionen stehen in der Meinungsforschung vor allem für links: ein positives Verhältnis zum Sozialstaat, Forderungen

nach direkter oder »mehr« Demokratie und die deutliche Ablehnung von Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Nationalsozialismus.

Davon ausgehend, können drei Dimensionen des Linken im Unterschied zum Rechten ausgemacht werden: (1) Unterstützung für den Sozialstaat vs. Forderung von mehr Marktfreiheit, (2) Forderungen nach weiterer Demokratisierung vs. Erwartungen an eine »starke Hand« und (3) Offenheit für abweichende Lebensentwürfe (Verhältnis zu Schwulen, Lesben als ein Indikator) und gegenüber Fremden (Juden, Moslems usw.). Allen diesen Merkmalen ist die Erwartung an eine hohe Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse gemeinsam. Man will als Linker den Übeln entfesselter Märkte, verselbständigter politischer Strukturen und der Ausgrenzung von Fremden bewusst entgegenwirken oder erwartet dies von anderen – dem Staat, Parteien usw.

ABB. 1: DREI DIMENSIONEN VON LINKS UND RECHTS

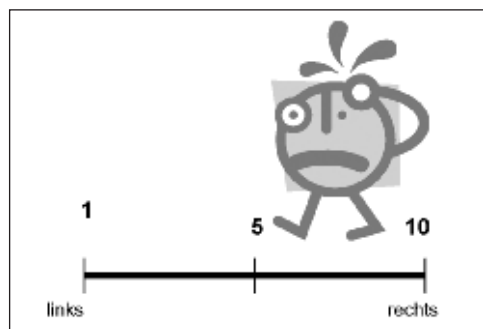


Da mit drei Dimensionen ein ganzer Raum von Positionen beschrieben werden kann (Abb. 1), ist völlig klar, dass dadurch auch verschiedene Typen von Linken erfasst werden können – je nachdem, wie sich die unterschiedlichen Merkmale von links miteinander mischen.

Folgt man diesem Modell der Meinungsforschung, dann gibt es nicht »die« Linke, sondern nur verschiedene Positionen, die man mehr oder minder als links bezeichnen kann. Im strengen Sinne würde eine »ideale« Linke sich durch die Gemeinsamkeit von sozialer Gestaltung, Demokratisierung und Offenheit auszeichnen.

Eine Haltung, die sich nur auf eine dieser Achsen konzentriert und die anderen Dimensionen von links vernachlässigt oder gar ablehnt,

kippt dagegen leicht nach rechts ab. Eine starke Betonung sozialer Regulierung, die sich mit autoritären Einstellungen und womöglich noch einer Abgrenzung gegenüber Anderen und Fremden verbindet, ist nicht mehr links, sondern rechts-nationalistisch. Das Gleiche gilt für eine einseitige Betonung von Offenheit, die sich weder mit sozialer Regulierung noch mit dem Bekenntnis zur Demokratisierung verbindet, und dementsprechend im neoliberalen Lager landet. Ein sozialer Autoritarismus, der sich internationalistisch gibt, kann in Positionen einer linken Diktatur münden, die die Freiheitsrechte dauerhaft unterdrückt. Der Anteil von rechts eingestellten Wählerinnen und Wählern linker Parteien liegt in Deutschland zur Zeit bei rd. 8 bis 10 Prozent.



Zur empirischen Messung entsprechender Einstellungen entlang der genannten Skalen werden durch die Meinungsforschung Fragen formuliert, die dann in Einstufungen überführt werden. Man bittet die Befragten zum Beispiel, sich auf einer Art Lineal mit den Zahlen 1 (steht für sehr linkes) bis 10 (steht für klar rechts) einzustufen. Es wird auch gebeten zu benennen, in welcher Reihenfolge die folgenden Ziele von Wichtigkeit seien: Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Lande; mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung; Kampf gegen die steigenden Preise; Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung; soziale Gerechtigkeit; Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft; Umweltschutz; Sicherheit und Ordnung.

Setzt man die Antworten dann mit der Frage nach sozialer Klassenzugehörigkeit, Altersgruppe, Geschlecht, Bildungsstand, Berufsgruppe, Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit, Wohnort usw. in Beziehung, erhält man eine soziale und politische Kartografie der Gesellschaft.

SEMINARZUTAT

Versuchen Sie an ein paar beliebigen Beispielen, wie sich linke Forderungen durch das Weglassen der anderen Dimensionen von links nach rechts umstücken lassen.

Erich Fromm hatte schon 1929 in einer Untersuchung herausgearbeitet, dass viele Arbeiter und Angestellte in Deutschland bereits vor der Hitler-Diktatur eindeutig konservative oder reaktionäre Vorstellungen in Bezug auf die Rechte von Frauen und Kindern in der Familie und die Ursachen sozialer Ungleichheit (als selbstverschuldet) besaßen und keineswegs frei von Rassismus waren. Der legendäre Fragebogen enthielt Fragen wie: »325. Gefällt Ihnen die Verwendung von Puder, Parfüm und Lippenstift bei einer Frau? 326. Halten Sie es für richtig, dass Frauen einen Beruf ausüben? 327. Auch die Verheirateten? 621. Glauben Sie, dass man bei der Erziehung der Kinder ganz ohne Prügel auskommt? 624. Was halten Sie und Ihre Frau von einer frühzeitigen Aufklärung der Kinder über das Geschlechtsleben? 630. Geben Sie ihrer Frau Hausgeld oder einfach den ganzen Lohn?«

»3. Ist der Brauch bisher gewesen, dass man uns für Leibeigene gehalten hat, welches zu Erbarmen ist, angesehen dass uns Christus alle mit seinem kostbarlichen Blutvergießen erlöst und erkauft hat, den Hirten gleich wie den Höchsten, keinen ausgenommen. Darum erfindet sich mit der Schrift, dass wir frei sind und sein wollen.

4. Ist es unbrüderlich und dem Wort Gottes nicht gemäß, dass der arme Mann nicht Gewalt hat, Wildbret, Geflügel und Fische zu fangen.

Denn als Gott der Herr den Menschen erschuf, hat er ihm Gewalt über alle Tiere, den Vogel in der Luft und den Fisch im Wasser gegeben.

10. Haben etliche sich Wiesen und Äcker, die einer Gemeinde zugehören, angeeignet. Die wollen wir wieder zu unseren gemeinen Händen nehmen.«

Aus den »12 Artikeln«, verabschiedet am 15. und 20.3.1525 in Memmingen von der aufständischen Bauernschaft

In seiner Schrift »Ratschlag für einen Heiligen Krieg« (1622) beschreibt der englische Philosoph Francis Bacon »die sieben Köpfe der Hydra«, die es abzuschlagen gelte – Gruppen von Menschen, die dem Projekt des kolonialen Empire entgegenstünden und seiner Meinung nach ausgerottet werden müssten:

1. Ureinwohner der Neuen Welt
2. Landlose und Flüchtlinge
3. Piraten
4. Räuber
5. Terroristen
6. Amazonen (= Frauen in Aufstands- und Widerstandsbewegungen)
7. Wiedertäufer (= religiöse »Kommunisten«).

Während die einen die Geschichte der Linken von der Aufklärung her schreiben (»Alles Denken der sozialen Bewegungen nimmt seinen Ausgang von den großen Ideen der Aufklärungsphilosophie«), sehen andere einen wesentlichen Ursprung der modernen Linken in den sieben Köpfen der Hydra. Der Kontakt jener Gruppen, die sich aus dem frühneuzeitlichen Empire absetzten, habe die praktische soziale Phantasie freigesetzt, aus der heraus die Utopie einer befreiten Gesellschaft als reale Alternative denkbar wurde.

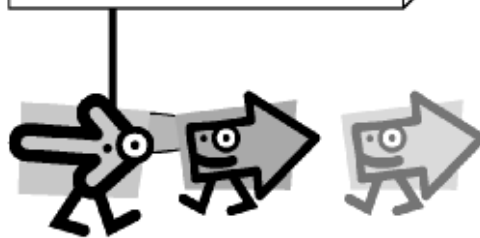
2. Links und Rechts – eine historische und analytische Unterscheidung

Eine kurze Vorgeschichte

Die Bezeichnung »Linke« und »Rechte« für gegensätzliche politische Lager entstand in der Großen Französischen Revolution (1789–1794). In der zweiten Nationalversammlung, gewählt 1791, nahmen die Anhänger einer durch das Parlament kontrollierten Monarchie, die mit den großbürgerlichen Resultaten der ersten Etappe der Revolution vollauf zufrieden waren, auf den »ehrevoller« Sitzen rechts vom Parlamentspräsidenten Platz. Diejenigen dagegen, die umfassendere demokratische und soziale Ziele anstrebten und die Revolution weitertreiben wollten, suchten bewusst die linken Plätze auf.

Rechts und links war von Anfang an direkt auf die Fragen von Eigentum und Macht fokussiert: Sollten Freiheit, Eigentum und politische Macht das Privileg weniger oder das Anrecht aller sein, sollte sich eine Diktatur der Besitzenden oder demokratische Partizipation aller, eine Gesellschaft erbarmungsloser Konkurrenz oder der gemeinsamen Verantwortung und Solidarität durchsetzen. Robespierre sollte im Namen der Linken später über die bürgerliche Verfassung sagen: »Ihr habt die Artikel vervielfacht, um der Verwaltung des Eigentums die größte Freiheit zu gewährleisten, und ihr habt nicht ein einziges Wort gesagt, um seine gesetzlichen Merkmale festzulegen, so dass eure Erklärung nicht für die Menschen, sondern für die Reichen, die Unersättlichen, die Spekulanten und Tyrannen gemacht scheint.« Er verlangte, dass das Eigentumsrecht »weder der Sicherheit noch der Freiheit, noch der Existenz, noch dem Eigentum der Mitmenschen Eintrag tun« dürfe.

Der lange Marsch in die Mitte



Aus der Sitzverteilung von 1791 wurde eine lange Tradition. Die Grünen erzwangen bei ihrem Einzug in den Bundestag, dass sie Plätze nicht auf der Linken, sondern zwischen SPD und CDU/CSU einnehmen konnten, während die FDP heute ganz rechts und die Linke klar links Platz nimmt.

Wo aber beginnt die Linke? Den Gegensatz von egalitär-solidarischen und autoritär-hierarchischen sozialen



Strategien kennen bereits die großen Menschenaffen, wo sich jüngere Männchen zusammenschließen, um sich gegen das dominierende Alpha-Männchen zu wehren und es, wenn möglich, gemeinsam zu stürzen.

Die oben beschriebenen drei Dimensionen von links versus rechts tauchten in der gesamten Geschichte auf in Gestalt der Forderung nach einer *Mitsprache der Vielen* anstelle der Entscheidungsgewalt weniger Privilegierter; der Forderung nach einer *Bindung der Starken, Reichen und Mächtigen* durch soziale Verpflichtungen nach »unten«; und der Konflikte um den *zulässigen Grad gesellschaftlicher Abweichung* bzw. der kulturellen Repräsentation unterschiedlicher Gruppen. Sie gingen jedoch in früheren Zeiten nur in Ausnahmefällen eine konsequente Verbindung ein, die eine Keimzelle eines linken Lagers in der Gesellschaft darstellte. Typisch waren z. B. soziale Aufstandsbewegungen, die aber auf autoritäre Ordnungsmodelle setzten und eher mit Diskriminierung und Gewalt gegen abweichende Minderheiten einhergingen; oder Emanzipationsbewegungen von Minderheiten, die sich um die sozialen Rechte der »Vielen« wenig scherten.

Die Reihe der Ausnahmen macht die (Vor-) Geschichte der Linken vor der Moderne aus. Zu ihr gehören die Sklaven- und Bauernaufstände der Antike, soweit sich in ihnen ein übergreifendes, in allen drei Dimensionen fortschrittliches Programm entwickelte, wie etwa in der berühmten Aufstandsbewegung des Spartacus um 73 v. Chr. Die Partei der Gracchen im vorkaiserlichen Rom verband die Forderungen nach Bodenreform mit der nach politischer Demokratisierung und Ausdehnung des Bürgerrechts auf Nichtrömer. Im deutschen Bauernkrieg 1525 stellten die aufständischen Bauern eine Art Verfassung auf (die »12 Artikel«), mit der sie soziale und kollektive Rechte der Bauern und der Gemeinden ebenso forderten wie Religionsfreiheit und individuelle Freiheiten.

Die Vorgeschichte der modernen Linken ist kein europäisches oder westliches Phänomen. Antihierarchische soziale Strategien und soziale Bewegungen sind ein festes Element der afrikanischen und der (voreuropäischen) amerikanischen Geschichte.

Die Geschichte der Linken und ihrer Ideen entwickelte sich entlang der Erfahrungen der unterdrückten Klassen, der sozialen Provokationen der gesellschaftlichen Spaltungen und der sozialen Experimente der »Outsider« – national wie international. Der Internationalismus der Linken reflektiert, wie wichtig transnationale Vermischungen und Austauschbewegungen für die

Linke waren. Die Bewegung der »Maroons«, der entlaufenen Sklaven Jamaikas, trug ebenso zum linken demokratisch-republikanischen Erbe der amerikanischen Revolution bei wie die Demokratietheorien der indianischen »Five Nations«. Zum linken Anteil an der Geschichte demokratischer Institutionen und der offenen Gesellschaft gehören auch so merkwürdige Gebilde wie die »Piratenstaaten« des 17. und 18. Jahrhunderts, die von Nordafrika bis Indonesien reichten.

SEMINARZUTAT

Zeichnen Sie einen Stammbaum der Linken. Wer gehört Ihrer Meinung nach in die Familie, wer stammt wovon ab, wer heiratet wann quer ein? Tauschen Sie die Blätter und vergleichen Sie Ihre Stammbäume.

Revolution und Menschenrechte

Der Gegensatz von links und rechts in seiner heutigen Form ist Resultat des großen Epochenbruchs, der mit der Amerikanischen und Französischen Revolution des ausgehenden 18. Jahrhunderts seine prägende Gestalt annahm. Aus den Prozessen der Aufklärung, der Entstehung eines zentralistischen Staates und von kapitalistischen Marktwirtschaften, der Umwandlung von Stände- in Klassengesellschaften sowie einer Kriegsführung, die die Massenmobilisierung verlangte, bildeten sich Gesellschaften heraus, die als *modern* bezeichnet werden. Und aus der Not, dem Elend, der Ausbeutung und der Unterdrückung dieser modernen Gesellschaften des neuen Kapitalismus heraus wurden die Ansprüche der Unterdrückten, Ausgebeuteten, Ausgegrenzten in neuer Form artikuliert – als universelle Ansprüche jeder und jedes Einzelnen auf ein selbstbestimmtes Leben in Solidarität, als Menschenrechte.

Erst die moderne Gesellschaft kennt links und rechts als universale, sich selbst erkennende Programme. »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« – die linken Forderungen der Französischen Revolution – riefen die Gegenrevolution hervor und führten zur bewussten Konstituierung der Rechten (»Konservatismus«) unter dem Banner von *Ordnung, natürlicher Ungleichheit und Tradition*. In den beiden großen Revolutionen von 1776 (USA) und 1789 (Frankreich) wurde ein Maßstab verkündet, den immer mehr soziale Gruppen und Bewegungen, immer mehr Bürgerinnen und Bürger an ihre Gesellschaften anlegten – den von Freiheit, Gleichheit und Solidarität, den der umfassenden Einlösung immer weiter gefasster Menschenrechte. Die Revolte von unten wurde zur universellen Revolution.

1762 erschien Jean-Jacques Rousseaus Schrift »Der Gesellschaftsvertrag«, der dem

Verfasser die Verfolgung durch die Mächte des alten Europas eintrug. Das erste Kapitel beginnt mit den berühmten Worten: »Der Mensch ist frei geboren und überall liegt er in Ketten.«

Nur 14 Jahre später verkündeten die freien Bürger »des guten Volkes von Virginia« eine »Bill of Rights«: »Art. 1 Alle Menschen sind von Natur aus gleichermaßen frei und unabhängig und besitzen gewisse angeborene Rechte, deren sie, wenn sie den Status einer Gesellschaft annehmen, durch keine Abmachung ihre Nachkommenschaft berauben oder entkleiden können, und zwar den Genuss des Lebens und der Freiheit und dazu die Möglichkeit, Eigentum zu erwerben und zu besitzen und Glück und Sicherheit zu erstreben und zu erlangen. Art. 2 Alle Macht kommt dem Volke zu und wird folglich von ihm hergeleitet. Beamte sind seine Treuhänder und Diener und ihm jederzeit verantwortlich.« Durch den Druck radikaler Volksbewegungen wurden diese Rechte zum Bestandteil der US-amerikanischen Verfassung. Es sollte fast zweihundert Jahre dauern, bis in den USA zumindest formal diese Rechte auch für Frauen und Männer, Weiße und Schwarze gleichermaßen galten.

Seit der Französischen Revolution liegt ein wesentliches Merkmal linker Positionen darin, zu unterstreichen, dass das bloße Verkünden von Menschenrechten nicht ausreicht. Damit wirklich alle diese Rechte für sich in Anspruch nehmen können und nicht nur die privilegierten Klassen, müssen soziale Voraussetzungen geschaffen werden. Die Einlösung der Menschenrechte liegt nicht in der Geschicklichkeit und Verantwortung des Einzelnen, sondern in der Verantwortung der Gesellschaft.

Die Forderungen gesellschaftlicher Gruppen, die sich der Ausbeutung oder Unterdrückung ausgeliefert sahen und andere Eigentums- und Machtstrukturen verlangten, mussten in die Forderung nach einer allgemeinen Emanzipation umgewandelt werden. Dies aber ist keine Selbstverständlichkeit.

Karl Marx formulierte als Ausgangspunkt emanzipatorischer Politik den »*kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist*«. Damit wird ein Maßstab von Gesellschaftsveränderung formuliert, der für die Linke bis heute seine Gültigkeit behalten sollte. Die Befreiung einer von besonderer Ausbeutung und Unterdrückung betroffenen Gruppe, Schicht oder Klasse sollte zugleich dazu beitragen, alle zu befreien. Damit wurde auch ein ganz klarer Trennungsstrich gegenüber Klassenhass und physischer Ausrottung der früheren Ausbeuter, gegenüber Rassenhass und Völkervernichtung, gegenüber der Errichtung neuer Diktaturen oder Tyrannen und der Schaffung neuer Ausbeutungssysteme gezogen. Die Linke konstituiert



»Die Freiheit ist ein leerer Wahn, solange eine Menschenklasse die andere ungestraft hungern kann. Die Gleichheit ist ein leerer Wahn, solange der Reiche mit dem Monopol das Recht über Leben und Tod seiner Mitmenschen ausübt. Die Republik ist ein leerer Wahn, solange Tag für Tag die Konterrevolution am Werk ist, mit Warenpreisen, die drei Viertel der Bürger nur unter Tränen aufbringen können.«

Der Führer der Zornigen, Jacques Roux, an die französische Nationalversammlung 1793

»Art. 2 Wir fordern Vollbeschäftigung für unser Volk. Wir denken, dass die Bundesregierung die Verantwortung und die Verpflichtung hat, jedermann einen Arbeitsplatz oder ein sicheres Einkommen zu garantieren. Wir denken, dass den weißen Unternehmern, wenn sie keine Vollbeschäftigung ermöglichen, die Produktionsmittel entzogen und diese dem schwarzen Volk übergeben werden sollten, damit es alle seine Angehörigen organisieren und beschäftigen und ihnen einen hohen Lebensstandard sichern kann.«

Aus dem Programm der Black Panther Party der USA vom Oktober 1966

»Wenn jemand euch euer Brot entzieht, beraubt er euch gleichzeitig euer Freiheit. Aber wenn jemand euch euer Freiheit beraubt, dann wisst ihr, dass euer Brot bedroht ist, denn es hängt nicht mehr von euch und eurem Kampf ab, sondern von der Eigenmächtigkeit irgendeines Herren.«

Albert Camus

sich geradezu mit der Entscheidung, nicht einfach die Verhältnisse umzukehren oder Rache zu nehmen, sondern sich dem Anspruch auf eine bessere Gesellschaft zu stellen, die sich an den Rechten der Menschen messen lässt. Dabei ist es ein ureigener Anspruch der Linken, dass die Gestaltung der Eigentumsformen der allgemeinen Verwirklichung menschlicher Rechte zu dienen hat und nicht die Rechte den Eigentumsformen folgen.

Viele der großen sozialen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts haben deshalb ihre konkreten Forderungen mit denen nach der universalen Gültigkeit von immer weiter ausgedehnten politischen, sozialen und kulturellen Rechten verbunden, weil so erstens die Ansprüche unterdrückter, ausgebeuteter und marginalisierter Kräfte innerhalb des Horizonts »bürgerlicher Gesellschaften« als allgemein gültige Ansprüche formuliert werden konnten, zweitens die Bindung des Rechts an den Besitzbürger zugunsten von Rechten jeder und jedes Einzelnen unabhängig von Eigentum und Macht überwunden wurde, ohne dabei das Rechtsdenken aufzugeben, und drittens kollektive Forderungen zugleich als individuelle Rechte gefasst werden konnten. Gleichzeitig aber wurden auch linke Bewegungen mächtig, die ihre sozialen Ziele durch die Errichtung von Parteidiktaturen, Zentralverwaltungswirtschaft und Verfolgung der Andersdenkenden durchzusetzen suchten (siehe dazu weiter unten).

Individuelle Ansprüche und Rechtsforderungen stehen immer in einem sozialen Kontext. Jeder kennt das aus seinem Betrieb, seiner Fachschaft etc.: Man kann nicht an der zentralen sozialen Auseinandersetzung einer Gruppe vorbei links sein. Man kann nicht linke Positionen vertreten, aber die zentrale Spaltung der Gruppe oder die zentrale gesellschaftliche Spaltung, von der sie betroffen ist, ignorieren. Das funktioniert nicht und wäre nicht ernst zu nehmen. In diesem Sinne bedarf links daher eines sozialen Standpunktes. Eine linke Hal-

tung braucht den Blick »von unten«, sie braucht sozialen Halt. Sie muss alle gesellschaftlichen Auseinandersetzungen immer auch daraufhin befragen, was sie im Lichte der gesellschaftlichen Klassenspaltung und Unterdrückung für die Unterdrückten und Ausgebeuteten bedeuten. Sie muss auf materielle Lebenswirklichkeit zielen, nicht auf formale Rechte. Sie darf die Macht- und Eigentumsfragen nicht ignorieren, weil sie ansonsten die wirkliche Veränderung der wirklichen Verhältnisse verfehlt.

Menschenrechte sind nicht statisch. Arbeiterbewegung, Frauenbewegung, antirassistische und antikoloniale Bewegungen, die Bewegungen der Passlosen oder der Schwulen und Lesben, sie alle und viele andere mehr beziehen sich nicht nur auf fundamentale Menschenrechte. Sie haben diese Rechte erweitert, interpretiert, konkretisiert, verändert. Gemessen an ihnen ist keine Eigentumsordnung, kein politisches Regime, keine religiöse Organisation, kein Weltsystem legitim, das nicht deren allgemeine Durchsetzung gewährleistet. *Erst durch den Bezug konkreter sozialer Forderungen zur Überwindung von Ausbeutungs-, Unterdrückungs- und Ausgrenzungsverhältnissen auf universale Menschenrechtsforderungen erhalten diese ihren befreienden Charakter.* Wie die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts zeigen, ist die Herstellung eines solchen Bezugs keinesfalls selbstverständlich.



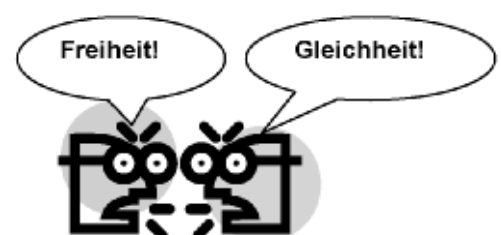
SEMINARZUTAT

Das Recht auf Eigentum gehört zu den umstrittensten Fragen der Menschenrechtsdebatte. Plädieren Sie mit verteilten Rollen für und gegen das Recht auf Eigentum. Welche unterschiedlichen Bedeutungen können in dieses »Recht« hineingelegt werden?

3. Der Raum der Linken

Die Positionen dazu, was heute links ist, sind nicht nur im Alltag, in der Politik und in der Meinungsforschung außerordentlich verschieden. Sie differieren auch nach kulturellem und sozialem Kontext, nach Traditionen und Erwartungen. In der wissenschaftlichen Literatur gibt es sehr verschiedene begriffliche Annäherungen.

Wollte man eine sehr breite Beschreibung dessen geben, was heute in seiner Heterogenität als links gilt, dann könnte man den Bemerkungen des Spaniers Elias Diaz folgen. Für ihn sind folgende Einstellungen Zeichen einer Linksidealität:



- »eine größere Bereitschaft für eine Politik der Umverteilung und der angemessenen Angleichung, die auf der Arbeit statt auf dem Kapital beruht;

- eine größere Berücksichtigung der Strukturierung all dessen, was öffentlich und allgemein ist gegenüber dem, was privat und individuell ist;
- ein größeres Gewicht auf die Werte der Zusammenarbeit im Vergleich zu den Werten der Konfrontation und der Konkurrenz;
- eine größere Aufmerksamkeit gegenüber neuen gesellschaftlichen Bewegungen und ihren pazifistischen, ökologischen und feministischen Forderungen;
- Sorge für die wirkliche Umsetzung der Menschenrechte, vor allem hinsichtlich der Randgruppen, der Alten, der Kinder usw.;
- das Beharren auf der Vorrangigkeit der Befriedigung grundlegender Bedürfnisse wie die der Gesundheit, der Schulbildung, der Wohnung;
- größeres Fingerspitzengefühl und internationale Freundschaft für die armen, in Abhängigkeit stehenden, unterentwickelten Gebiete;
- Autonomie des freien Willens und der rationalen Diskussion, nicht um demokratische Mehrheitsbeschlüsse zu fassen, sondern um kritische Ethiken zu entwickeln und eine Umwandlung aufzubauen, die nicht mit autoritären Argumenten oder Dogmen religiöser Einrichtungen aufgezwungen werden.«

Ein Diskussionsvorschlag

All das gehört in den Raum der Linken oder dessen, was links ist. Wie aber ist dieser Raum strukturiert? Mit Sicherheit lässt er sich nicht aus einer einzigen Bestimmung »ableiten«, aber besteht er umgekehrt nur aus Einzelforderungen, die keinen klaren Zusammenhang haben?

Folgt man der Orientierung an den erklärten Zielen der Großen Französischen Revolution, dann wäre zu fragen, ob *links* nicht durch drei Grundwerte zu bestimmen ist – Liberté, Egalité, Fraternité oder eben: Freiheit, Gleichheit, Solidarität; ergänzt um die Grundüberzeugung von der bewussten Veränderbarkeit von Gesellschaft.

Die Linke unterscheidet sich nicht nur durch die Gleichheitsorientierung, sondern sie nahm immer an, dass diese Gleichheit letztlich – und sei es über den Umweg einer Diktatur und einer Zentralverwaltungswirtschaft – zu mehr Freiheit führe. Zugleich aber, und dies steht im direkten Gegensatz zu vielen rechten Auffassungen, ist Solidarität erklärtermaßen für die Linke nicht nur ein Mittel, sondern ein eigenständiges Ziel. Für die Linke ist Solidarität und nicht Konkurrenz die angestrebte Grundform menschlichen Zusammenlebens.

Bei Marx und anderen sozialistischen und kommunistischen Denkern setzt sich fort, was in der Aufklärung und der Französischen Revolution bereits angelegt ist: eine Identifikation der linken Anliegen mit dem geschichtlichen Fortschritt und mit dem Gedanken der Vernünftigkeit (Rationalität) gesellschaftlicher Verhältnisse. »Progressiv« könne nur sein, was sich positiv auf den Sieg der unterdrückten Klasse bezieht, und der Sieg der unterdrückten Klasse könne nur in der Durchsetzung einer Ordnung bestehen, die ein höheres Maß gesellschaftlicher Rationalität verwirklicht.

Die großen Revolutionen in Frankreich und Amerika und ihre soziale Radikalisierung durch Arbeiterbewegung und Marxismus haben der

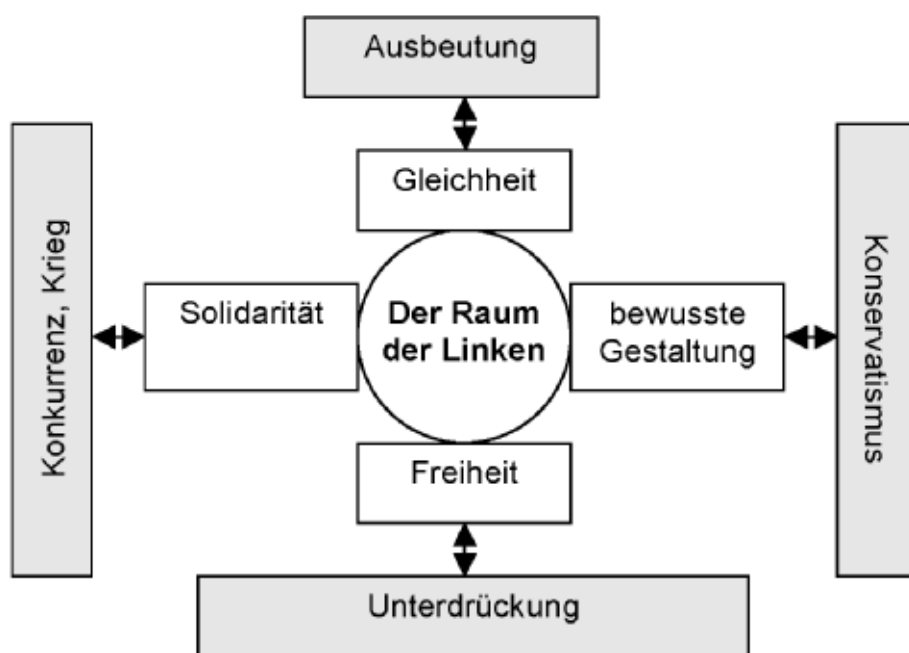
»Im Unterschied zum Freiheitsbegriff ist Gleichheit ein ausschließlich der Linken gehörender Begriff. Es handelt sich nicht um eine Tatsachenfeststellung, sondern um eine Forderung: Keineswegs wird dabei behauptet, daß alle Menschen gleich sind, sondern daß sie gleiche Rechte haben sollen. Bei der Beantwortung der Frage, worin die Menschen gleich sein sollen, unterscheiden sich liberale und egalitäre Positionen. Die Liberalen fordern Freiheit vor dem Gesetz, die Egalitären die Gleichheit in der gesellschaftlichen Realität.

Für letztere gibt es zwei Varianten: Gleichheit der Chance oder Gleichheit des Ergebnisses. Chancengleichheit meint gleichen Zugang zu gesellschaftlichen Positionen, die selbst aber ungleich sind. (...) Ein Recht auf Gleichheit des Ergebnisses meint dagegen, daß alle Bürgerinnen nicht nur der Möglichkeit, sondern auch der Realität nach einen gleichen Anteil an den vorhandenen gesellschaftlichen Positionen und Ressourcen (z. B. Reichtümern) haben sollen. (...) Egalitäre Eigentumsvorstellungen können entweder durch gleiches Privateigentum für alle oder durch Gemeineigentum realisiert werden.

Der Begriff der Gleichheit wird erst durch Universalität zu einem Basisbegriff der Linken. Davon unabhängig ist nämlich vorstellbar, daß Gleichheit nur unter den Mitgliedern einer beschränkten Gruppe herrscht (etwa einer Elite, die sich einerseits Vorrechte gegenüber der gesamten übrigen Gesellschaft sichert, andererseits aber Gleichheit unter ihren Mitgliedern wahrt; auch eine Gleichheit der Benachteiligten untereinander ist vorstellbar).«

Georg Fülberth

ABB. 2: DER RAUM DER LINKEN



»Genossen, eure Veranstaltungen sind unerträglich. Ihr seid voll von Hemmungen, die ihr als Aggressionen gegen die Genossen auslassen müsst, die etwas Dummes sagen oder etwas, was ihr schon wisst. Die Aggressionen kommen nur teilweise aus politischen Einsichten in die Dummheit des anderen Lagers. Warum sagt ihr nicht endlich, dass ihr kaputt seid vom letzten Jahr, dass ihr nicht wisst, wie ihr den Stress länger ertragen könnt, euch in politischen Aktionen körperlich und geistig zu verausgaben, ohne damit einen Lustgewinn zu verbinden. Warum diskutiert ihr nicht, bevor ihr neue Kampagnen plant, darüber, wie man sie überhaupt ausführen soll? Warum kauft ihr euch denn alle den Reich? Warum sprecht ihr denn hier vom Klassenkampf und zu Hause von Orgasmuschwierigkeiten? Ist das kein Thema für den SDS?«

Helke Sander

Eine politische Sitzung an einem Wohnungstisch. Eine junge Frau, die bisher noch zu keiner Sitzung gekommen ist, tritt dazu.

»Macht ihr hier auch was zu Feminismus?«

»Nein. Aber wenn du mal da hintergehst, in die Küche, da ist Anni. Die interessiert sich für so was.«

Der subjektive Faktor.
Regie: Helke Sander

Linken ein aufregendes, mitunter auch problematisches Erbe gegeben. Neu ist nicht nur, dass Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit die alten Forderungen der linken »Vorgeschichte« in abstrakterer und damit verallgemeinerbarer Form fassen. Sie werden ergänzt durch einen vierten Aspekt, der für die Linke von da ab konstitutiv bleibt: die Betonung der Veränderbarkeit der gesellschaftlichen Wirklichkeit, das Bekenntnis und die Bereitschaft, gesellschaftliche Regeln grundlegend und prinzipiell zu verändern, eine neue Gesellschaft nicht wachsen zu lassen, sondern zu schaffen. Vorher war Revolution die Rückkehr zu einem besseren Zeitalter, Wiederherstellung der eigentlich richtigen »gottgewollten« Zustände.

Eine der Stärken der Linken liegt seither darin, dass sie Macht und Eigentum säkularisiert. Macht und Eigentum werden aus dem Reich des »Natürlichen«, der persönlichen oder gruppenbezogenen »Eigenschaften«, herausgelöst und zu einer Frage gesellschaftlicher Regulation versachlicht. Die Linke gewinnt immer wieder eine provozierende Kraft, indem sie aufzeigt, welches Potenzial gesellschaftlicher und menschlicher Verbesserung und Entfaltung sich erschließt, wenn die Verteilung von Macht und Eigentum kein Tabu ist.

Im ausgehenden 19. Jahrhundert und frühen 20. Jahrhundert schien die Linke zumindest in Deutschland mit der organisierten Arbeiterbewegung zu einer gemeinsamen Front unter Führung der Sozialdemokratie zu verschmelzen. Die sozialen, politischen und kulturellen Unterschiede rückten in den Hintergrund. Heute hat sich dies völlig geändert. Der wohl wichtigste globale Ort der Linken, das Weltsozialforum, ist vor allem ein Ort, ein Raum der Vielen, der sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, vielfältigster Initiativen und Gruppen von aktiven Bürgerinnen und Bürgern. Schon aus diesem Grunde verwenden wir bei der Bestimmung der Linken im Folgenden den Begriff des *Raums*, in dem viele mit vielen zusammenwirken. Wir wollen nicht *die* Linke definieren, sondern eher das, was die vielen Linken in ihrer Unterschiedlichkeit miteinander verbindet.

Mit der Graphik (Abb. 2, Seite 7) soll versucht werden, einen Raum der Linken zu skizzieren, indem die genannten vier Grundbegriffe – Freiheit, Gleichheit, Solidarität und bewusste Gestaltung – benutzt werden. Dadurch soll es möglich werden, Orientierungspunkte und Abgrenzungslinien zu fixieren, ohne sich auf »die« Definition von links festlegen zu müssen: die Erfassung von links als ein offener Raum, der Platz hat für Verschiedenes, aber nicht für Beliebiges. Dies könnte auch helfen, der Selbstverortung von Linken in ihrer Pluralität, Diversität und Heterogenität gerechter zu werden als über die bloße Fixierung auf den einen Begriff,

die eine Kategorie. Bewegungen, Theorien und Diskurse, Orte und Institutionen, Sozialistinnen und Sozialisten, radikale Demokratinnen und Demokraten, libertäre Anarchistinnen und Anarchisten, Sozialdemokratinnen und -demokraten, linke Autonome könnten sich gleichermaßen in diesem Raum wiederfinden.

Jeder der vier Grundbegriffe einer modernen Linken wird mit Gegenbegriffen ins Verhältnis gesetzt – Ausbeutung, Unterdrückung, Konkurrenz und Krieg, Irrationalismus und Konservatismus. In ihrer Gesamtheit umschreiben Freiheit, Gleichheit, Solidarität und bewusste Gestaltung eine *plurale Identität* der Linken, die wesentlichen Tendenzen, Macht- und Eigentumsstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaften kritisch gegenüberstehen. Sie erfassen die Vision einer Bewegung, die auf eine Gesellschaft gerichtet ist, »in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller« wird (Marx).

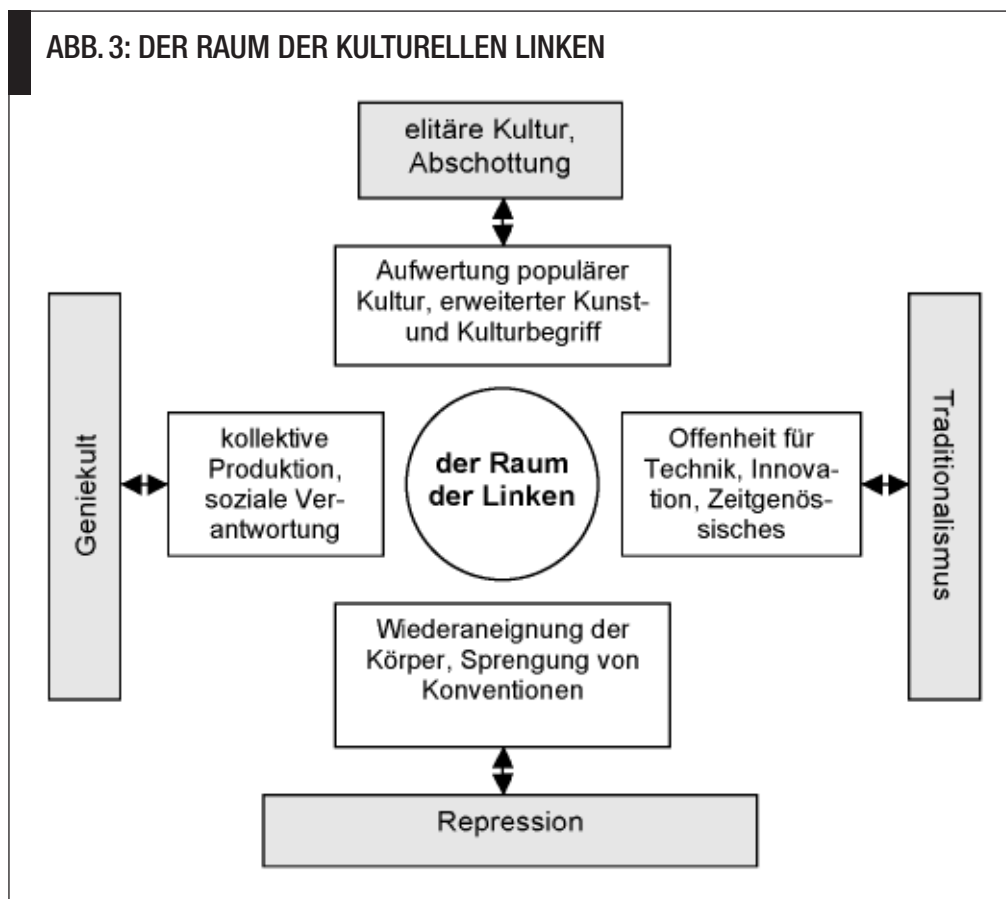
Die kulturelle Linke

Die Bewegung zur Emanzipation, der Kampf zwischen links und rechts, findet überall in der Gesellschaft statt. Er findet an allen ihren Orten statt – im Betrieb, in der Familie, auf der Straße, im Parlament, in der Öffentlichkeit, in den Schulen und Universitäten, in den Stadtvierteln, in all ihren Institutionen, Gruppen, Vereinigungen, Medien und Beziehungen. Er findet als politischer, als kultureller, als sozialer Kampf statt.

Dabei gibt es keine privilegierten Orte und Formen, die grundsätzlich wichtiger wären als andere. Es gibt jedoch Ungleichzeitigkeiten, Widersprüche und wechselnde Rollen. In manchen Phasen sind Betriebskämpfe die Vorreiter von Veränderung, in anderen die politische Regierungsübernahme durch die Linke. Zu bestimmten Zeiten entwickeln sich progressive soziale Formen schneller als die Politik; zu anderen Zeiten wird das »Private« von den Veränderungen in »der Politik« emanzipatorisch inspiriert. Das Verhältnis von politischer, kultureller und sozialer Linken ist eine unentbehrliche Produktivkraft für die Veränderung der Gesellschaft – und ein Ort von heftigen Widersprüchen und Kontroversen.

Ähnlich wie bei den Menschenrechten lassen sich auch auf dem Gebiet der Kultur zwei gegensätzliche Extreme von dem konstruieren, was links ist. Nach der einen Auffassung würde einfach »Gesinnung« zählen – wahlweise als politische Parteinahme der Akteure oder als »Inhalte«. Danach ließe sich Kultur einfach auf politische Aussagen und Positionen hin abfragen; die eigentliche kulturelle Arbeit bliebe dabei uninteressant und wäre bloßes Medium des Politischen. Nach der entgegengesetzten Auffassung gäbe es nur eine einzige progressive kulturelle Aufgabe, nämlich die stetige

ABB. 3: DER RAUM DER KULTURELLEN LINKEN



Erweiterung der menschlichen Möglichkeiten – der emotionalen und kognitiven, sinnlichen und symbolischen Fähigkeiten, die Suche nach neuen Formen und neuem Ausdruck für neue oder vertiefte Empfindungen, Eindrücke und Zusammenhänge. Die Frage nach rechter oder linker Kultur wäre damit sinnlos.

Sinnvoller als eine solche Entgegensetzung ist es, auch hier mit dem Modell vom »Raum der Linken« zu arbeiten, dessen vier Richtungen – Freiheit, Gleichheit, Kooperation und bewusste Veränderung – kulturell allerdings sehr unterschiedlich interpretiert werden können. Kultur handelt nicht nur von Wörtern, sondern von Körpern, Bewegungen, »Haltungen«, und dies ist dem politischen Gehalt von Kultur nichts Äußerliches.

Der *Aspekt der Gleichheit* kann z.B. bedeuten, dass die kulturelle Linke der Unterscheidung in elitäre Kunst und Massenkultur, in »E« und »U«, weniger Wert beimisst – sondern populäre Kunst und Kultur wichtig nimmt. Er kann bedeuten, sich für die Klänge und Bilder der Straße und der Produktion zu interessieren und für die Erfahrungen und Philosophien der Unterdrückten, und es kann auch bedeuten, die vielfältigen kulturellen Prozesse und Bedürfnisse zu respektieren und zu verarbeiten, die sich in Formen der »Unterhaltung« ausdrücken. Kritische Auseinandersetzung mit allen diesen Formen ist immer gefragt. Aber tendenziell ist linke Kultur gegen die Elfenbeintürme, d.h. gegen eine Kul-

tur, die ausschließlich die Werte und Selbstdarstellungen der weißen, männlichen, westlichen, bürgerlichen Klasse exerziert; die allen anderen kulturelle Leistungen rundheraus abspricht; und die allem anderen abspricht, zum Gegenstand von Kunst werden zu können.

Der *Aspekt der Freiheit* kann bedeuten, mit der repressiven Kontrolle des Körperlichen zu brechen, die Autorität verordneter Wahrnehmungen zu sprengen, auch: Konventionen zu zerstören.

Der *Aspekt der Kooperation* kann auf die kulturelle Produktionsweise bezogen werden, indem kollektive Produktion und kooperative Überschreitungen versucht werden. Er kann genauso gut auf die gesellschaftliche Position kultureller Akteure bezogen werden, im Sinne eines Bewusstseins gesellschaftlicher Verantwortung und des Respekts vor anderen Tätigkeiten.

Der *Aspekt der gewollten Veränderung und bewussten Gestaltung* kann bedeuten, technischen und wissenschaftlichen Umwälzungen auch auf dem Gebiet der Kultur offen gegenüberzustehen; dem Aktuellen mehr Interesse entgegen zu bringen als dem Überzeitlichen; Kultur als Produktionsmittel für menschliche Veränderung zu begreifen.

So verschieden diese Aspekte auch interpretiert werden, sie werden sich in Kunst und Kultur mit linkem Anspruch immer wiederfinden. Das gilt für so unterschiedliche Ansätze

»Beide Ängste – Untergrabung von Autorität und Verführung durch Körperlichkeit – wiederholen sich ständig durch die ganze Musikgeschichte ... Wir sollten erwarten, dass sich die politische Linke in diesem Krieg auf die Seite der Freiheit schlägt, die der körperlichen Auflehnung gegen herrschende Vorschriften. Manchmal tut sie das auch. Aber mindestens ebenso oft sind die Befürchtungen der Linken, was die Musik betrifft, genau dieselben ... Polit-Folk ist die linke Variante der Calvinistischen Hymne: der Text steht im Vordergrund, um die Bedeutung zu kontrollieren; die Musik ist ihr Waserträger; alle indirekten Appelle an den Körper sind eliminiert.«

Susan McClary, *Same As It Ever Was*

»Wir wollen Rembrandt und Michelangelo nicht vergessen. Wir wollen nur, dass sie ein bisschen Platz machen für uns ... Angesichts dessen, wie es bisher in der Kunstgeschichte gelaufen ist, sollte jede Ausstellung zu 99 % aus Werken von Frauen und nicht-weißen KünstlerInnen bestehen. Aber nur für die nächsten 400 Jahre, das reicht.«

Guerilla Girls

wie das epische Theater Brechts, die »soziale Plastik« Beuys', die progressiven Spielarten der HipHop- und DJ-Kultur usw. Werden einzelne Aspekte verabsolutiert oder fehlen andere, geht der emanzipative Charakter verloren. Deshalb sind einzelne künstlerische Richtungen (oder kulturpolitische Ansätze) nicht per se links oder rechts. Man kann Surrealismus oder Popart auch reaktionär betreiben, ebenso wie man mit »kultureller Breitenförderung« einer unbequemen künstlerischen Avantgarde den Schneid abkaufen bzw. den Hahn zudrehen kann. Die Dialektik, dass heute rechts sein kann was gestern links war und umgekehrt, ist nirgendwo so schnell wie auf dem Gebiet der Kultur.

Auch hier gilt: Was links ist, lässt sich nicht ableiten. Aber linke Kultur organisiert ihre Auseinandersetzungen ebenfalls in einem Raum der Linken, der von Widersprüchen strukturiert ist und in dem die kulturelle Linke nach rechts kippt, wenn sie eine der vier Achsen aufgibt. Auch auf dem Feld der Kultur stehen die vier Grundbegriffe der Linken Gegenbegriffen gegenüber. So schwierig die Antwort auch sein mag, was in der Kultur gerade links ist, so klar ist zumindest das Gegenteil. Linke Kultur ist auf jeden Fall nicht elitär, sie ist nicht repressiv, sie pflegt keinen Geniekult, und sie verwandelt die Kultur der Vergangenheit nicht in einen unantastbaren Kanon.

Die soziale Linke

Der Gedanke des Raums der Linken lässt sich auch für die soziale Linke fruchtbar machen. Sie ist so vielfältig wie die politische und die kulturelle Linke auch. Die soziale Linke – ein Begriff, der seit einiger Zeit in der lateinamerikanischen Linken eine große Rolle spielt – arbeitet in sozialen Bewegungen. Sehr häufig prägt sie diese Bewegungen maßgeblich, bzw., sehr häufig sind diese Bewegungen in hohem Maße links. Das kann die Gewerkschaftsbewegung sein, die Frauenbewegung, die Selbstorganisation von Flüchtlingen und MigrantInnen etc. Zur sozialen Linken gehören aber auch alle Einzelnen, die in den konkreten gesellschaftlichen Kooperationsformen – Betrieb, Familie, Stadtteil, Verein – sich für Veränderungen einsetzen im Sinne der vier Aspekte, die den Raum der Linken markieren. Mitbestimmung, direkte Partizipation, die Orientierung an sozialer Nützlichkeit, Formen der gesellschaftlichen Verwaltung sozialer Fonds sind einige der Leitideen einer sozialen Linken. Es können diejenigen dazu gehören, die soziale Arbeit leisten. Unter bestimmten historischen Umständen können Teile des öffentlichen Beschäftigungssektors zur sozialen Linken gehören, wenn dieser genutzt wird, um mit progressivem Beispiel in der Arbeitswelt voranzugehen. Und alle Linken gehören grundsätzlich auch zur sozialen Linken, weil sie sich in ihren lebensweltlichen Kooperationen verhalten müssen.

Der Aspekt der Freiheit bedeutet, dass Linke sich auf dem Feld des Sozialen z. B. für Selbsttätigkeit und Selbstbestimmung der Menschen einsetzen, dass sie gegen Entmündigung und Fremdbestimmung kämpfen. Er heißt auch, dass eine linke Politik des Sozialen dem Widerständigen, dem Ungehorsamen, der Regelübertretung immer einen Platz lassen bzw. diesen verteidigen muss.

Der Aspekt der Gleichheit tritt hier vor allem als Gegensatz zur Hierarchie auf – zwischen Gruppen, Klassen, Geschlechtern, Positionen, Lebensentwürfen. Anerkennung und Gleichverteilung, Wahl von Funktionsträgern und direkte Demokratie, Gleichberechtigung und Anti-Diskriminierung, Respekt und Selbstbewusstsein werfen viele Widersprüche auf, aber sie gehören alle zum Aspekt der Gleichheit.

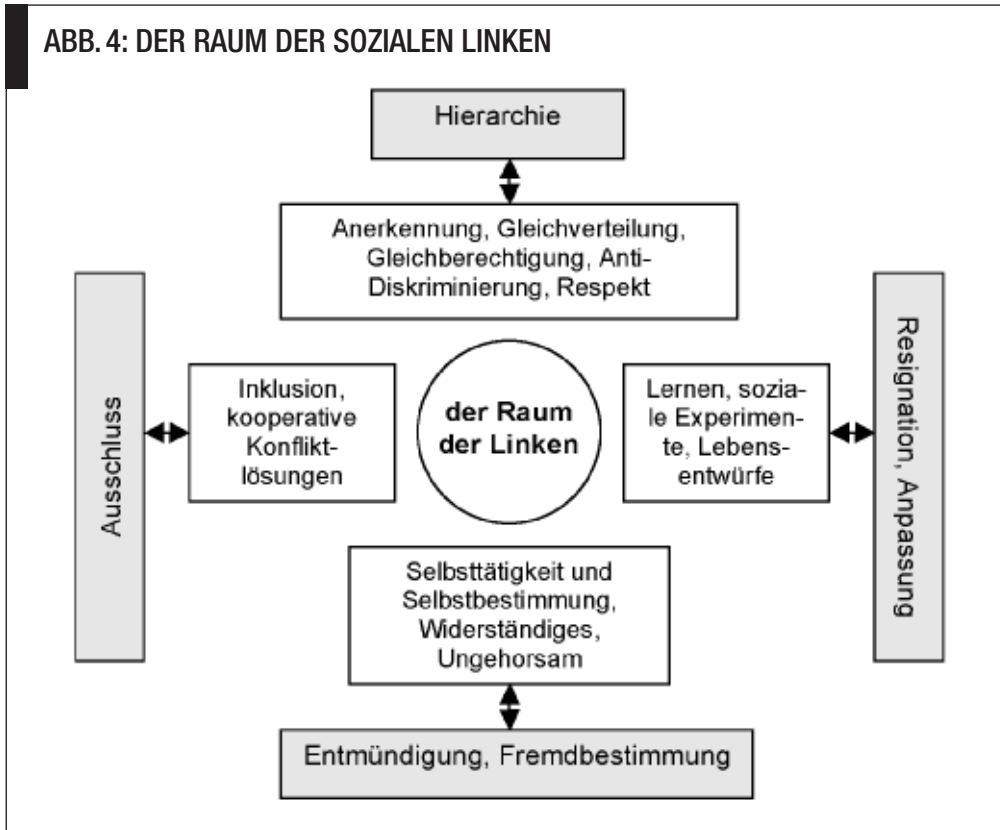
Auf dem Gebiet des Sozialen kann der Aspekt solidarischer Kooperation z. B. bedeuten, eine »inklusive« Politik zu betreiben, d.h. sich allen Formen von Ausschluss aktiv zu widersetzen. Auch hier gibt es Widersprüche, etwa zwischen der Neigung zu kooperativen Konfliktlösungen und dem Bekenntnis zur Solidarität, die Kampf und Konflikt notwendig machen können.

Der Aspekt der bewussten Gestaltung und gewollten Veränderung schließlich wird bedeuten, dass die Linke allen naturalistischen Festschreibungen im Sozialen immer skeptisch gegenübersteht, dass sie an die Kraft der gesellschaftlichen Formung, des Lernens, der Veränderbarkeit von Rollen und Regeln glaubt. Er kann ebenso bedeuten, dass dem sozialen Experiment ein Platz offen gehalten wird, dass das Risiko neuer Formen eingegangen und ermöglicht wird.

Die soziale Linke erfindet und praktiziert Lebensweisen, Verhaltensweisen, Instrumente gesellschaftlicher Kooperation – von der »WG« bis zur »gemeinsamen Reflexion«, von der »wilden Ehe« bis zur solidarischen Lohnpolitik, von der antiautoritären Erziehung bis zur Krabbelgruppe, von der Genossenschaft bis zum Volkseigentum. Sie arbeitet mit den wirklichen Menschen und produziert »Normalität« für das, was gestern noch als »krank« und »abwegig« galt. Ohne die soziale Linke kann man das Leben, den Menschen, die Gesellschaft nicht verändern.

Umgekehrt gilt: Auch wenn das Soziale immer politisch ist, bleibt es fundamental unvollständig, wenn es nicht auf eine politische Perspektive im engeren Sinn bezogen ist. Denn die Gesellschaft ist organisiert, ihre grundlegenden Regeln werden von mächtigen Interessenkoalitionen und von harten Sachzwängen verteidigt. Ohne den Sprung ins Politische, d.h. ohne die gemeinsame Organisation für das Ziel, grundlegende Regeln der Gesellschaft auch durch abstrakte Beschlussfassung und institutionelle Konsequenz zu ändern, läuft die soziale Linke sich tot und wird frustriert.

ABB. 4: DER RAUM DER SOZIALEN LINKEN



»Die KPD in den Weimarer Jahren (stellte) ... ein Emanzipationsmilieu für Frauen dar. Auch wenn die für die Situation der Frau entscheidende Dimension der Politisierung des ›Privaten‹ in der offiziellen Frauenpolitik auf ein Mobilisierungsproblem bzw. auf ein moralisches Problem reduziert wurde, so stellte die Partei immerhin einen organisierten Rahmen dar, in dem diese Probleme überhaupt thematisiert werden konnten, und die Kontinuität des Parteilebens ermöglichte quasi ›nebenher‹ die Ausbildung von Ansätzen eines alternativen Lebenszusammenhangs, in dem individuell alternative Geschlechterbeziehungen eher erprobt werden konnten als in weniger politisierten familialen Zusammenhängen.«

Silvia Kontos



Politische, kulturelle und soziale Linke stehen in einem spannungsvollen Verhältnis. Gemeinsam bilden sie eine ungeheure Produktivkraft

der Veränderung, die in ihren Konflikten immer wieder die Gestalt linker Politik für die aktuelle Zeit neu hervorbringt. Auch im Gesamtverhältnis gilt: Eine Linke (und das gilt auch für linke Organisationen und Individuen), die sich ausschließlich auf das Feld des Politischen oder das Feld des Kulturellen oder das Feld des Sozialen beschränkt, kann nicht wirklich links sein. Eine gesellschaftliche Kraft, die politisch fortschrittlich, aber kulturell repressiv ist, ist nicht links. Eine künstlerische Avantgarde, die kulturell fortschrittlich, aber politisch reaktionär oder ohne jedes politische Bewusstsein ist, ist nicht links. Eine soziale Bewegung, die sozial links ist, aber kulturell nicht befreiend und politisch nicht aufklärend, ist nicht links. Politische, kulturelle und soziale Linke können sich nur gemeinsam emanzipieren. Allein bleiben sie unvollständig und beschränkt und reichen nicht aus, die Komplexität der Gesellschaft und der menschlichen Praxis zu erfassen, geschweige denn emanzipativ umzuwälzen.

Linke Gesellschaftsgestaltung und linke Barbarei

Der Raum der Linken ist nicht einfach da, er wird durch gesellschaftliche Gruppen, Klassen, Organisationen und Individuen seit Jahrhunderten immer wieder geschaffen und verändert. Soziale Bewegungen, Gewerkschaften,

Parteien, Intellektuelle, aufbegehrende Einzelne produzieren und reproduzieren diesen Raum, in dem sie sich dann selbst bewegen.

Solange die Kapitalverwertung, Patriarchat und ethnisch begründete Ausschlusskriterien die Gesellschaft dominieren, ist der Raum der Linken ein Raum einer Minderheit. Er kann – wie im nationalsozialistischen Deutschland – zusammenschrumpfen auf das Handeln einer kleinen Minderheit, er kann der Raum einer großen und vielgliedrigen Strömung werden, und er kann in seltenen Momenten auf fast die ganze Gesellschaft ausstrahlen. Dies sind Feiertage der Völker wie der Mai 1968 in Paris oder der Sommer des gleichen Jahres in Prag.

Der Ausgangspunkt des Entstehens und der Erneuerung der Räume der Linken sind ein Gefühl des Unbehagens, der Distanz und Frustration, der Ablehnung – und schließlich der Protest und die offene Revolte. Es sind eskalierende Formen der Ablehnung: der herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnisse, der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung, der Erstarrung der gesellschaftlichen Zustände zu Fesseln individueller und kollektiver Entwicklung. Meinungen wie »So sollte es eigentlich nicht sein!«, »Das darf so nicht weiter gehen!«, »Das kann ich, das können wir nicht länger hinnehmen!« charakterisieren Stufen wachsender Bereitschaft, etwas gegen die herrschenden Zustände zu tun.

Diese Auseinandersetzung mit den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen, Lebensweisen, mit Eltern, Lehrern, in Betrieben,

»Die Dominanz der Politökonomie in der kommunistischen Strategiediskussion zeigt, dass es den kommunistischen Theoretikern leichter fällt, die Tätigkeit des Unternehmers, die Organisation der Ausbeutung zu verstehen, als die Leiden der Masse zu verstehen, geschweige denn, von ihnen auszugehen in der Befreiungspolitik. Der gleiche Mangel zeigt sich in der Psychoanalyse, wenn sie die Leiden mit einem Begriff von ›Gesundheit‹ angeht statt mit einer Vorstellung menschlicher Möglichkeiten.«

Klaus Theweleit

in der Gruppe oder einem Team, in Partnerschaften oder Ehen, bei Streiks und Demonstrationen, dieses Aufbegehren gegen das Gewohnte oder das, was als Verschlechterung erscheint, kann sich sehr, sehr verschieden äußern. Oft ist es die einfache Verweigerung, beginnend beim Fernbleiben von der Schule oder der Flucht in die Droge. In vielen Betrieben versuchen Beschäftigte, nur Dienst nach Vorschrift auszuüben. Wahlenthaltungen und die Ablehnung vieler herrschender Rituale gehört dazu. Der Protest kann auch in der Unterdrückung anderer münden, erst verbal und dann mit der Faust. Er kann zur Forderung an die Gemeinschaft und den Staat werden, andere stärker zu unterdrücken oder auszugrenzen, damit die eigene Gruppe besser da steht.

Damit aus der Unzufriedenheit, dem Ärger und Frust, der Ablehnung, dem Protest und der Revolte tatsächlich ein Raum der Linken entsteht, muss es den Akteuren, Individuen, Gruppen und Organisationen gelingen, dem Aufbegehren eine emanzipative und solidarische Gestalt zu geben. Es gibt mindestens drei Gründe, warum dies so ungeheuer schwer ist.

Erstens sind Ausbeutung und Unterdrückung, so verschieden sie auch erscheinen mögen, immer damit verbunden, dass die Herrschenden die Fähigkeiten zum selbstbewussten und selbstbestimmten Handeln monopolisieren. Wo sie agieren, sollen andere nur reagieren, wo sie entscheiden, sollen andere sich fügen, wo sie schöpferisch sind, sollen andere nur ausführen. Sie versuchen, die Bedingungen souveränen Handelns für sich zu usurpieren. Dies ist geradezu eine Voraussetzung ihrer Herrschaft.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen, die Bildungssysteme, die Kultur, das Rechtssystem und die heutige Demokratie sind bei allen Fortschritten auch immer noch so gestaltet, dass die, die da »unten« sind, von jenen Einsichten, Fähigkeiten und Organisationskräften ferngehalten werden, die sie bräuchten, um sich »auf gleicher Augenhöhe« zu wehren. Das ist nicht nur das angesammelte Wissen der Herrschenden (das vieles Nützliche und Notwendige enthält). Es ist auch das hart erarbeitete Wissen der Unterdrückten selbst, von dem sie abgeschnitten werden. Es ist das Lernen und Zusammenarbeiten, der Zugang zu sich selbst, der gestört, verleidet, unterdrückt wird.

Viele Aufstände unterdrückter Klassen und Gruppen in der Geschichte waren auch deshalb oft mit Rückschritten der Kultur und der Freiheit begleitet, weil denen, die da aufbegehren, wichtige Voraussetzungen zu einer freiheitlichen Gesellschaftsgestaltung fehlten. Auch deshalb sind solidarische Bündnisse notwendig zwischen jenen, die unter den Verhältnissen besonders leiden, und jenen, die selbst partiell privilegiert sind, aber nicht in einer Gesellschaft

derartiger Ungerechtigkeit leben wollen. Die Forderung nach einer Allianz von »Volk« und »Intellektuellen« hat hier ihren Ursprung. Beide können sich nicht unabhängig voneinander, sondern nur in Solidarität miteinander emanzipieren. Weder kann die Emanzipation der Arbeiter allein nur das Werk der Arbeiter sein, noch können die intellektuellen Mittelschichten wirklich frei leben, solange sie zum Instrument der Herrschaft über andere gemacht werden. Sich gemeinsam befreien bedeutet dabei auch, die bisherigen Rollen zu ändern, zu überschreiten, aus bisherigen Beschränkungen auszubrechen und bisherige Blindheiten zu überwinden.

Zweitens gibt es ein tiefes Machtungleichgewicht. Diejenigen, die aufbegehren, handeln immer aus einer unterlegenen Situation heraus. Ihre Möglichkeiten, sich die Mittel ihres Handelns auszusuchen, sind wesentlich geringer als die der Herrschenden. Wenn die andere Seite mit einer übermächtigen Staats- und Militärmaschinerie über das absolute Gewaltmonopol verfügt, ist die Verführung zu Terror und Selbstmordattentaten groß. »Fair play« gehört nicht zur Alltagserfahrung der Unterdrückten, und wer sich erhoben hatte, den erwartete im Falle einer Niederlage keine neue Chance, sondern sehr häufig die Vernichtung.

Gerade in diktatorischen Gesellschaften, unter den Bedingungen sehr hoher Ungleichheit und des Staatsterrorismus gilt: Es sind die Unterdrückten, die unter Zeitdruck stehen, während die Herrschenden vom Status quo profitieren. Mögliche Kompromisse ändern oft nur wenig. Sie erscheinen (fast) nichts, gemessen an dem, was eigentlich erreicht werden müsste. »Mit allen Mitteln!«, »Jetzt oder nie!«, »Ganz oder gar nicht!« sind Denk- und Handlungsformen, die fast spontan aus der Unterlegenheit erwachsen. Die Linke beginnt, sich dann nur noch über den Gegner zu definieren und nicht mehr vor allem durch sich selbst und die eigenen Ziele und Werte: Sie ist dann zwar antikapitalistisch, aber nicht emanzipativ, antiimperialistisch, aber nicht solidarisch, antifaschistisch, aber nicht demokratisch. Erst werden dem »Feind« sukzessiv alle Menschenrechte abgesprochen und schließlich kann jeder Widerpart und Gegner als Feind definiert werden, dem letztlich sogar das Recht auf Leben abgesprochen wird. Erst wurden durch Stalin Anfang der 1930er Jahre die »Kulaken« deportiert und teilweise auch exekutiert, dann die »Volksfeinde« in den Reihen der bolschewistischen Partei.

Es gibt keine eindeutigen Regeln der Anfälligkeit von Einzelnen oder Gruppen für ein solches Umschlagen in den Terror oder die Bereitschaft, andere zu unterdrücken. Gefährdet sind nicht nur die, bei denen wir eine gewisse Bereitschaft zum »Durchgreifen« immer schon vermutet hätten. Oft sind es auch die mit besonders hohen linken Idealen und einer besonders ausge-

Albert Camus charakterisiert den Beginn der Revolte mit den Worten: »Was ist der Mensch in der Revolte? Ein Mensch, der nein sagt... Ein Sklave, der sein Leben lang Befehle erhielt, findet plötzlich einen neuen unerträglich. Was ist der Inhalt dieses »Nein«? Er bedeutet zum Beispiel: »das dauert schon zu lange«, »bis hierher und nicht weiter«, »sie gehen zu weit« und »es gibt auch eine Grenze, die sie nicht überschreiten werden«... In gewisser Weise stellt er der Ordnung, die ihn bedrückt, eine Art Recht entgegen, nicht bedrückt zu werden über das hinaus, was er zulassen kann... Er schritt unter der Peitsche des Herrn. Nun bietet er ihm die Stirn.«

»Untrennbar von der ökonomischen Begünstigung war die Überlegenheit des Wissens. Zum Besitz gehörte der Geiz, und die Bevorteilten versuchten, den Unbemittelten den Weg zur Bildung so lange wie möglich zu verwehren. Ehe wir uns Einblick in die Verhältnisse verschafft und grundlegende Kenntnisse gewonnen hatten, konnten die Privilegien der Herrschenden nicht aufgehoben werden. (...) Unser Studieren war von Anfang an Auflehnung. Wir sammelten Material zu unserer Verteidigung und zur Vorbereitung einer Eroberung.«

**Peter Weiss,
Die Ästhetik des Widerstands**

prägen Fähigkeit zum »Mitleiden«, die ab einem bestimmten Punkt zu jedem Mittel bereit sind.

Drittens sind jene, die sich zum aktiven Handeln entschließen, anfangs und oft auch dauerhaft in der Minderheit. Viele von ihnen gehören ursprünglich sozial wie kulturell privilegierten Gruppen an oder werden in professionelle Organisationen von Berufspolitikern oder »Berufsrevolutionären« integriert.

Unter den Bedingungen festgefrorener Verhältnisse oder einer klaren Hegemonie der ökonomisch Herrschenden versucht sich die Mehrheit der Bevölkerung nolens volens einzurichten. Dann sind jene, die sich als Linke zur Veränderung bekennen, gesellschaftlich wie kulturell oft isoliert. Wenn sie nicht den Weg der Anpassung und Unterordnung beschreiten wie die rechte Sozialdemokratie in Deutschland vor 1914, geraten die Linken schnell in die Isolation. In undemokratischen Gesellschaften ist diese Gefahr besonders groß. Wenn die Gegenkräfte in der Linken zu schwach sind, prägen sich eine Untergrund-Pschose, Sektierertum, Maximalismus der Ziele und Mittel, die Bereitschaft zur Selbstaufopferung wie zur Opferung anderer aus. Die Zwecke beginnen alle Mittel zu heiligen. Die Moral wird zugunsten von radikalen Zwecken negiert. Die Idee der Rechtsstaatlichkeit wird entwertet und das Recht instrumentalisiert. Wenn man schon derart in der Minderheit ist, erwartet man unbedingte Solidarität wenigstens in der eigenen Gruppe. Abweichung und Kritik gelten dann unmittelbar als Verrat. Viele der siegreichen Revolutionen im 20. Jahrhundert wurden durch eine kommunistische Avantgarde geprägt, die diese Züge trug. Anstatt diese Untergrund-Pschose zu bekämpfen, wurde sie dann zur Staatstheorie erhoben.

Für eine Linke, die sich tatsächlich Freiheit, Gleichheit, Solidarität und bewusster Gesellschaftsveränderung verpflichtet fühlt, ist die ständige Erneuerung linker Räume unverzichtbarer Teil ihrer Projekte. Ohne diesen Raum erliegt sie den Verführungen der Verwandlung von Aufbegehren und Revolte in eine andere Diktatur, des Übergangs von solidarisch-kritischem Denken und Handeln zu einem in polaren Gegensätzen operierenden Tun und schließlich des Avantgardismus, der zur Herausbildung einer neuen Macht führen kann, deren entfesselte Gewalt am Ende in Form der Tyrannei von Stalin, Mao Zedong und Pol Pot totale Formen annahm.

Freiheit wird dann zur Willkür weniger, Gleichheit zur gleichen Unterdrückung vieler, Solidarität zur befohlenen Gefolgschaft und der Anspruch auf rationale Gestaltung der Gesellschaft verwandelt sich in den Versuch, die Gesellschaft in eine zentralverwaltete Maschinerie zu transformieren. Unter dem Versprechen einer neuen Menschheit wurde im Namen der Linken und des Sozialismus und Kommunismus das Leben von Millionen von Menschen auf barbarische Weise geopfert.

Die Zerstörung des lebendigen schöpferischen Raums der Linken und die Verabsolutierung einzelner linker Positionen hat im 20. Jahrhundert zu Diktaturen geführt, die sich sozialistisch oder kommunistisch nannten. Der Wille, der Barbarei von Imperialismus, Krieg und Kolonialismus durch Gestaltung einer Gesellschaft der Gleichheit und Planmäßigkeit zu begegnen, gestützt auf die Idee, historisch gerechtfertigt zu sein und die Vernunft auf seiner Seite zu haben, hat linke Kräfte im 20. Jahrhundert zeitweise so mächtig gemacht wie nie zuvor. Gleichzeitig hat diese Kombination maßgeblich dazu beigetragen, dass im Namen der Linken ungeheure Verbrechen begangen wurden und große Teile der Linken erst viel zu spät und halbherzig zu einer Kritik dieser Verbrechen bereit und in der Lage waren.

Die Linke wird im 21. Jahrhundert nur wieder mächtig werden und den Gang der Geschichte beeinflussen können, wenn sie diese systemischen Gefahren in ihrer politischen Haltung aufklärt und robuste Barrieren gegen die Gefahr einer solchen Entgleisung installiert. Dazu gehören u. a. ein prinzipielles Bekenntnis zur linken Pluralität und zum demokratischen und rechtsstaatlichen Charakter der angestrebten gesellschaftlichen Transformation; eine Kritik der Staatsmacht und eine Vision von Vergesellschaftung jenseits von Zentralisierung und Verstaatlichung; und eine Aufarbeitung der dunklen Seiten linker Geschichte, ohne ihr mit reflexhaften Hinweisen auf die Verbrechen des Kapitalismus auszuweichen. Mit der Gnade der westlichen, späten oder randständigen Geburt kann sich dabei niemand zufrieden geben. Der Raum der Linken, Bedingung ihrer Souveränität, ihrer Fähigkeit, auf emanzipative Weise solidarisch zu wirken, ist das wichtigste Gut, dass verteidigt und ständig erneuert werden muss.

1909 formulierte Sergej Bulgakow in Auswertung der Erfahrungen der russischen Revolution von 1905/07 folgende Einschätzung der revolutionären Intellektuellen seines Landes:

»Mit dem Maximalismus der Ziele geht der Maximalismus der Mittel einher, der in den letzten Jahren auf so bedauerliche Weise in Erscheinung getreten ist. Diese skrupellose Wahl der Mittel, dieses heroische ›Alles ist erlaubt‹ (von Dostojewski schon in Schuld und Sühne und in den Dämonen vorhergesehen) ist der höchste Ausdruck für das Gottmenschentum des Intelligencija-Heroismus, seine Selbstvergottung, die sich an die Stelle Gottes und der Vorhersehung setzt, und zwar nicht nur hinsichtlich der Pläne und Ziele, sondern auch hinsichtlich der Wege und Mittel ihrer Realisierung. Ich setze meine Idee in die Tat um und werfe um ihretwillen die Bindungen der gewöhnlichen Moral ab. Ich nehme mir nicht nur ein Recht auf das Eigentum, sondern auch die Entscheidung über Leben und Tod anderer heraus, wenn es meine Idee erfordert. In jedem Maximalisten steckt solch ein sozialistischer oder anarchistischer kleiner Napoleon. Amoralität – oder mit einem alten Ausdruck: Nihilismus – ist die notwendige Konsequenz der Selbstvergottung. Hier lauert aber die Gefahr ihrer Selbstauflösung, hier ist ihr unausweichliches Versagen zu erwarten.«

»Gewiss, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, ungehemmte, energische Leben der breitesten Volksmassen.«

Rosa Luxemburg

4. Innerlinke Konflikte

Nicht nur in der Vergangenheit, auch in der Gegenwart ist die Linke plural in ihren Einstellungen, ihrer Kultur, ihren Organisationsformen wie aber auch in ihren politischen Angeboten. Diese

zielen auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ab und betreffen deshalb die konkreten Erwartungen und Interessen großer gesellschaftlicher Gruppen.



Drei Jahre nach dem Beginn der »Großen Säuberung«, die sich vor allem gegen die alten Bolschewiki richtete und endgültig eine totalitäre Herrschaft durchsetzte, berichtete Stalin 1939: »Angesichts dieser grandiosen Errungenschaften (des Zweiten Fünfjahrplans in der UdSSR – MB/CS) waren die Gegner der Generallinie unserer Partei – die verschiedensten »linken« und rechten Strömungen, allerlei Entartete vom Schlage der Trozskisten und Pjatakowleute, der Bucharin- und Rykowleute – gezwungen, sich zu ducken, ihre abgegriffenen »Plattformen« zu verstecken und in die Illegalität zu gehen. Da sie nicht den Mut hatten, sich dem Willen des Volkes zu unterwerfen, zogen sie es vor, sich mit den Menschewiki, Sozialrevolutionären und Faschisten zusammenzutun, bei ausländischen Spionageorganen in Dienst zu treten, sich als Spione zu verdingen und sich zu verpflichten, den Feinden der Sowjetunion zu helfen, unser Land zu zerstückeln und die kapitalistische Sklaverei in unserem Lande wiederherzustellen. Das ist das ruhmlose Ende derer, die Gegner der Linie unserer Partei waren und dann zu Volksfeinden wurden. Nachdem die Partei die Volksfeinde vernichtet und die Partei- und Sowjetorganisationen von entarteten Elementen gesäubert hatte, wurde sie noch einheitlicher in ihrer politischen und organisatorischen Arbeit, schloss sie sich noch fester um ihr Zentralkomitee zusammen.«

In den »Eckpunkten« für die Programmatik einer gemeinsamen Linkspartei in Deutschland werden Differenzen wie die folgenden genannt:

- Konzentration auf die Sicherung von Erwerbstätigkeit für alle oder auf ein bedingungsloses Grundeinkommen;
- Ausbau der öffentlichen Beschäftigung oder Selbstorganisation Betroffener;
- Beibehaltung des Versicherungsprinzips bei Renten usw. oder Übergang zur Steuerfinanzierung;
- Verbot neonazistischer und rechtsextremer Organisationen und Parteien als sinnvoller Beitrag im Kampf gegen diese oder Verzicht auf ein solches Verbot;
- Konzentration auf Wachstumskerne und Schwerpunktbranchen oder gleichmäßige Förderung;
- Sinnhaftigkeit internationaler Militäreinsätze im Auftrag und unter Kontrolle der UN in regionalen Kriegs- und Bürgerkriegskonstellationen als Beitrag zur Rückkehr zur friedlichen Entwicklung oder striktes Nein zu allen Formen von Militäreinsätzen;
- Aufgabenverständnis einer Partei im Unterschied zu sozialen Bewegungen und das Verhältnis von außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit;
- Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer Regierungsbeteiligung auf Landesebene unter den gegenwärtigen Bedingungen als wirksamer Beitrag zu linker Politik.

Die genannten Punkte sind typische innerlinke Konflikte: Konflikte um die Frage, was heute links ist.

Innerlinke Konflikte sind häufig schwierige, langanhaltende Auseinandersetzungen, in denen irgendwann Nerven blank liegen, Spaltungen drohen und gegenseitige Enttäuschungen an der Tagesordnung sind. Das lässt sich nicht wirklich verhindern. Es ist jedoch möglich, aus der Erfahrung mit linken Konflikten zu lernen und sie ein Stück weit führbarer zu machen.

Für oder gegen Regierungsbeteiligungen



Ob Linke sich an Koalitionsregierungen beteiligen sollen und unter welchen Umständen, darüber wird in der Linken gestritten, seit 1899 der französische Premierminister Waldeck-Rousseau den Sozialisten Alexandre Millerand als Handelsminister in seine Regierung holte – gegen den Willen der Sozialistischen Partei. Regierungen unter Führung oder Beteiligung von linken Parteien und linken gesellschaftlichen Allianzen sind in den letzten Jahren in Lateinamerika entstanden: Venezuela 1998, Brasilien 2003, Uruguay 2004, Bolivien 2005, Chile 2006.

In Europa ist die Debatte auch vor diesem Hintergrund und den neuen Entwicklungen in Europa aufs Neue aktuell geworden. Dazu gehören die Regierungskoalition der norwegischen Sozialistischen Linkspartei 2006 mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der bürgerlichen Zentrums Partei, der Sieg der linken parteipolitischen Allianz (Unione) zur Abwahl von Silvio Berlusconis Regierungskoalition, die Frage eines möglichen gemeinsamen Kandidaten der Linken bei den Präsidentschaftswahlen 2007 in Frankreich nach dem erfolgreichen Kampf gegen die Europäische Verfassung.

Auch die Linke in Deutschland diskutiert seit der Tolerierung der SPD-Landesregierung in Sachsen-Anhalt (1994–2002) kontrovers über das Für und Wider einer Regierungsbeteiligung. 1998 trat die PDS zum ersten Mal einer rot-roten Koalitionsregierung in Mecklenburg-Vorpommern bei; 2001 folgte die rot-rote Landesregierung in Berlin.

Die Konflikte zur Regierungsbeteiligung von Linken sind immer wieder Konflikte zur Frage der Durchsetzbarkeit linker Politik. Bei der deutschen Debatte, wie sie derzeit in und um WASG und Linkspartei geführt wird, handelt es sich zum größten Teil um einen relativ eng begrenzten innerlinken Konflikt. Strittig ist weder die Teilnahme an Parlamentswahlen noch die Legitimität parlamentarischer Arbeit als Teil linker Politik, noch die Perspektive, Mehrheiten für linke Politik zu erringen und klar linke Regierungen zu bilden. Strittig ist, ob aus der Minderheitsposition heraus die Teilnahme an Koalitionsregierungen sinnvoll und richtig ist und wie dabei insbesondere die Sozialdemokratie als Koalitionspartner zu bewerten ist.

Das linke Dilemma



In der Debatte um Regierungsbeteiligung bündeln sich ganz unterschiedliche Probleme. Das wichtigste ist der Konflikt zwischen verschiedenen Aspekten linker Orientierung, wie im Modell vom »Raum der Linken« aufgezeigt.

Auf der einen Seite steht der Wunsch, konkrete Veränderung bewirken zu können, mit realer Macht in die Gesellschaft eingreifen zu können, zu gestalten. Im Fall der Landesregierungen bedeutet dies oft auch, zeigen zu wollen, dass die Linke nicht nur in »Schönwetterphasen« regieren kann und möchte, sondern auch in schwierigen und kritischen Situationen eine Kraft ist, der man Macht zutrauen kann. Auf der anderen Seite steht die *Solidarität* mit vielen, die zwangsläufig Nachteile erleiden unter einer Politik, die nicht mehrheitlich und maßgeblich von der Linken bestimmt, aber in der Regierung von ihr mit getragen wird. Die Wut und der Ärger über die Linke in Regierungsbeteiligungen

ist dann am stärksten, wenn die Schwächsten getroffen werden.

Dieser Wertekonflikt verbindet sich mit strategischen und taktischen Überformungen. *Strategisch* gesehen, erwirbt eine Partei durch Regierungsbeteiligungen in der Tat stückweise »Regierungsfähigkeit« – Erfahrung mit Strukturen, mit Partnern, mit dem konkreten politischen System. Dies geht zwangsläufig damit einher, dass punktuelle Annäherungen an andere politische Parteien stattfinden und dass bisherige konzeptionelle Vorstellungen der Linken auf den Prüfstand gestellt werden, weil sie für konkrete Politik unzureichend oder ungeeignet sind. Strategisch erwarten die einen also, dass die Chancen zukünftiger Machtausübung steigen. Die anderen dagegen befürchten, dass die eigene Programmatik verwässert wird, »Sachzwanglogik« dominiert und konkurrierende Loyalitäten (zu Partnern, zu Aufgaben) entstehen.

Taktische Überlegungen richten sich auf die Auswirkung von Regierungsbeteiligungen auf die eigene Partei. Weil es sich bei der Frage nicht zuletzt um einen Wertekonflikt handelt, bietet sie sich an, um durch rigorose Positionsbestimmung andere Linke aus der gemeinsamen Partei hinaus- oder zumindest in die innere Emigration zu drängen. Nicht von der Hand zu weisen ist auf der taktischen Ebene, dass Regierungsbeteiligungen Kräfteverhältnisse in einer Partei verschieben und auch das Verhältnis zu verschiedenen außerparlamentarischen Kräften (soziale Bewegungen, Interessenverbände, Medien) verändern.



Pro und Contra

Nur eine sehr kleine Minderheit vertritt die Positionen, dass Regierungsbeteiligungen unter allen Umständen einzugehen

wären bzw. überhaupt nie als Mittel in Betracht kommen dürften. Dennoch wird die Debatte häufig als ein pro und contra von Regierungsbeteiligungen »an sich« geführt. Das ist auch nicht unwichtig, weil dabei prinzipielle Fragen an die Handlungsmöglichkeiten der Linken gestellt werden:

- Ist der Kapitalismus ein System, dessen Logik eine bestimmte Politik immer wieder erzwingt, solange er nicht im Ganzen überwunden wird? Oder gibt es Spielräume, Varianten und Dynamik?
- Ist der Staat »Kristallisationsraum wie Terrain sozialer Konflikte und Kämpfe« (Nicolas Poulantzas)? Oder wirkt er als letztlich homogene Kraft, wo Kompromisse in »weichen« Bereichen (Sozialpolitik, Kultur) nur der besseren Durchsetzung der »harten« Kernorientierung (Finanzen, Wirtschaft, Militär) dienen?

■ Kann die Linke »Wein und Wasser aus zwei Gläsern trinken«, d. h. kann sie zwischen sich und ihrer Rolle in der Regierung unterscheiden, und das auch nach außen deutlich machen? Beschädigt sie ihr Verhältnis zu den außerparlamentarischen Bewegungen, oder liegt es auch in deren Interesse, Einfluss auf Staatsmacht zu gewinnen? Diskreditiert sie sich bei ihrer Zustimmung zu einer Politik, die sie andererseits kritisiert?

■ Macht die Linke sich zum nützlichen Idioten, der den kapitalistischen Eliten in Krisenphasen die nötige zusätzliche Legitimation beschafft? Oder sind gerade solche Krisen die notwendige Voraussetzung, um Einfluss zu gewinnen und die Situation auch machtpolitisch für sich nutzen zu können?

All diese Fragen werden vermutlich letztlich nicht mit »ja« oder »nein« beantwortet werden. In der Praxis wird sich die Debatte darauf konzentrieren,

- Voraussetzungen und Bedingungen von Regierungsbeteiligungen einzugrenzen;
- mittelfristige politische »essentials« zu formulieren, die durch Regierungsbeteiligungen nicht verletzt werden dürfen;
- innerparteiliche und innerlinke Verfahren zu erarbeiten, in denen Regierungsbeteiligungen beschlossen, kontrolliert, überprüft und ggf. beendet werden;
- das Verhältnis zwischen der Autonomie der Landesverbände und den Interessen der Gesamtpartei strukturell zu definieren.

Hier werden auch Entscheidungen (auf Zeit) gefällt und ertragen werden können. Verzichtet werden sollte jedoch auf jeden Versuch, den grundlegenden Wertekonflikt von veränderndem Eingreifen und solidarischer Bindung »ein für alle Mal« zur einen oder anderen Seite hin aufzulösen.

Der Antinationalismus-Konflikt in der Linken

Am Beginn der Antinationalismus-Auseinandersetzung in der deutschen Linken stand ein Flugblatt, das nie verteilt wurde. Nach dem Fall der Mauer und der deutschen Wiedervereinigung nahm rechtsextreme Gewalt in den neuen Bundesländern massiv zu, tödliche Angriffe auf AusländerInnen und Anschläge auf Asylbewerberheime häuften sich. Während die politische Klasse in Westdeutschland die Vereinigung nahezu einhellig begrüßte (nur wenige warnten vor den absehbar verheerenden Folgen einer überstürzten politischen und ökonomischen Zusammenlegung), war die Lage für die radikale Linke schwierig. Einerseits hatte sie, mit Ausnahme des Mehrheitsflügels der DKP, das Gesellschaftssystem der DDR als repressiv kritisiert. Andererseits konnte und wollte sie sich in den kapitalistisch-nationalistischen Überschwang, den das Ende der DDR und die deutsche Vereinigung auslösten, nicht einreihen. Antirassistische Solidarität

»Hätten wir vielleicht mehr erreichen können durch außerparlamentarischen Druck, indem die PDS ohne Senatorenposten sich bereit erklärt hätte, alle Maßnahmen im Interesse der Werktätigen und Bestrafung der Schuldenmacher der vorigen Regierung zu unterstützen?«

Theodor Bergmann

»Die Beteiligung an der Regierung ist für die PDS in mehrfacher Hinsicht lohnend. Materiell, weil viele PDS-Forderungen, die zu Oppositionszeiten vergeblich eingefordert wurden, in den bisherigen zweieinhalb Jahren Koalition durchgesetzt werden konnten. Politisch, weil die gesellschaftliche Akzeptanz der PDS signifikant gestiegen ist. Nicht zuletzt für die PDS selber, weil der heilsame Zwang des Regierens uns die Erkenntnis beschert hat, dass die wirkliche Welt nur zum Besseren verändern kann, wer eben sie und nicht ein ausgedachtes Ideal zum Ausgangspunkt des Handelns macht.«

Harald Wolf

»Die Architekten und Kapitäne der Linkspartei haben nicht erkannt, dass sie die Mängel des kapitalistischen Systems nicht innerhalb dieses Systems beheben können, weil diese Mängel unweigerlich aus den Gesetzen seiner Selbsterhaltung hervorgehen.«

Hans Heinz Holz

»Die Anhänger der Räte­demo­k­ra­tie übersehen leicht, dass »auf Grund des hohen Organisationsgrades unserer Gesellschaft und der technischen Überlegenheit einer gut geführten Verwaltung: die Bürokratisierung als eine »der Gesellschaft inhärente Entwicklungstendenz« betrachtet werden muss. (...) »Moderne Revolutionen gelingen nur, wenn sie die Verwaltung erobern«, schreibt Forsthoff, und Eberhard Kolb meint (...), nicht zuletzt die Erfahrungen der deutschen Revolution 1918/19 hätten diese Feststellung (...) zu einer Art »Grundgesetz revolutionärer Machtbehauptung« erhoben.«

Wlfrid Gottschalch,
Parlamentarismus und Räte­demo­k­ra­tie

»Derweil die Deutschen also weder fähig noch willens waren, den Nationalsozialismus zu stoppen, mussten von den Alliierten alle Mittel aufgeboten werden, um dies zu tun. Wer ein verbrecherisches Regime in Wort und Tat unterstützt, sollte sich nicht wundern, wenn ihm oder ihr das Haus zerbombt wird! Heute schickt sich die deutsche »Volksgemeinschaft« an, brav zuzusehen, wie Menschen aus anderen Ländern von deutschen Jungmännern dem Feuertod zugeführt werden. (...) Langsam aber sicher wird rassistische Gewalt zum »Normalzustand. Es stellt sich die Frage, ob die Zivilisation in »Deutschland« wieder von außen gerettet werden muss. Bomber-Harris says: I would do it again. We say: Do it now!«

Flugblatt der
»Aktion Landesverrat«, 1993

rückte ins Zentrum linker Identität, und die Abgrenzung von »völkischen« Unterströmungen in der Linken kam auf die Tagesordnung.

Innerhalb der radikalen Linken konstituierte sich der »Antinationalismus« als neue linke Strömung. Nach dem Kongress des Hamburger »Wohlfahrtsausschusses« folgte 1993 eine antirassistische Tour durch die neuen Bundesländer. Auf dieser Tour wollte die Hamburger Antifa-Gruppe »Aktion Landesverrat« in Dresden ein Flugblatt verteilen, das sich in scharfer Polemik gegen eine neue nationale Identität wandte, in der Deutsche als Täter nicht mehr vorkamen. Der Text gipfelte in der Aufforderung an den Oberkommandierenden der britischen Bomberflotte von 1945, Harris, die Bombardierung Dresdens zu wiederholen. Verteilt wurde das Flugblatt dann doch nicht, wurde jedoch Gegenstand einer langen politischen Debatte.

An diesem Flugblatt war praktisch alles schief, was nur schief sein konnte, und was den Antinationalismus in der Folge zu einer reichlich unbeliebten Strömung machte. Es rechtfertigte militärische Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, ja wünschte sie offen herbei. Es riss in arroganter Weise den Graben auf zwischen »überschlauen« linksradikalen Wanderdemonstranten und »doo­fen« Dresdnerinnen und Dresdnern. Es scherte sich in keiner Weise um die Frage, was Ursachen rassistischer Gewalt sein und wie diese bekämpft werden könnten. Und es hatte eine Form der Kritik entdeckt, die – typisch links, typisch deutsch – moralisch unangreifbar machte, sich auf alles anwenden ließ, irgendwie immer passte und deren Hauptzweck darin zu liegen schien, sich selbst überlegen und gerechtfertigt zu fühlen.

Trotzdem war die antinationale Linke notwendig, und ihre Kritik an der Linken war überfällig. In der Tat gab es eine Reihe von Punkten, wo die Linke mit der Rechten mehr gemein hatte, als ihr lieb war:

- Ein Denken in Kategorien von »wir unten« gegen »die da oben«, in dem Emanzipationskämpfe ebenso ausgeblendet werden wie die eigene Mittäterschaft und eigene (relative) Privilegien;
- eine Kritik am »internationalen Finanzkapital«, das »ausländische Investoren« zum nationalen Feindbild macht, im Gegensatz zu einem »guten«, nationalen Kapitalismus;
- eine Solidarität mit »Befreiungsbewegungen«, die sich ethnisch definieren, nationalistisch argumentieren und vor allem den westlichen Liberalismus verdammen;
- eine Kritik an den USA und am »Westen«, die sich vor allem gegen gesellschaftliche Liberalität und Modernität wendet und stattdessen Moral, Autorität, »Gemeinschaft« und »gesundes Volksempfinden« hochhält;
- die Utopie einer homogenen, konfliktfreien, letztlich vormodernen Gesellschaft, die in-

nerlich nicht mehr zerrissen ist, in der Pluralismus keinen Platz hat, und die sich demzufolge um Menschenrechte, Institutionen und demokratische Verfahren keine Gedanken machen muss und will.

Nationalismus, Antisemitismus und Anti-Amerikanismus waren aus der Sicht der antinationalen Linken die Eckpfeiler einer solchen Haltung.

»Nine-eleven« und die Folgen

Die Auseinandersetzung eskalierte nach dem Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001. Ein Teil der Linken sympathisierte mit einer Interpretation der Ereignisse im Sinne von Arundhati Roy, wonach die Attentate der Al Quaida letztlich in den Kontext eines antiimperialistischen Widerstands einzuordnen seien. Die antinationale Linke trat solchen Ideen dagegen scharf entgegen. Sie bezeichnete den islamischen Fundamentalismus als Faschismus, gegen den bewaffneter Kampf legitim sei – nicht nur von Seiten des israelischen Militärs, sondern auch von Seiten der USA.

Teile der antinationalen Linken gingen so weit, den Angriffskrieg gegen Afghanistan offen zu befürworten, die israelische Politik gegenüber den Palästinensern ohne Einschränkung zu rechtfertigen (einschließlich der gezielten Attentate) und der Friedensbewegung »Appeasement«-Politik gegenüber den »muslimischen Nazis« vorzuwerfen. Damit war der Raum der Linken eindeutig verlassen. Innerhalb der Antinationalen kam es zu Spaltungen und scharfen Debatten, in denen man sich wechselseitig hemmungslos und gewollt verletzend angriff.

Rückblickend betrachtet, hatte der Antinationalismus mit dem 11. September gleichzeitig den Höhepunkt seines Einflusses erreicht, als auch den Zeitpunkt seiner beginnenden Auflösung. Beide Extrempositionen (eine »antiimperialistische« Rechtfertigung der Attentate der Al Quaida bzw. eine »antifaschistische« Rechtfertigung des US-Krieges gegen Afghanistan und, in der Folge, Irak) waren ganz offensichtlich unhaltbar. Die Positionen sind seither differenzierter und vielfältiger, und antinationales Gedankengut ist in erheblichem Maße in den Kodex der politischen Linken eingegangen.

Der Raum der Linken – ein »work in progress«

Der Antinationalismus-Konflikt war *kein* Konflikt zwischen verschiedenen Aspekten *innerhalb* des Raums der Linken, sondern ein Konflikt *um* den Raum der Linken. Die Grenzen dieses Raums verschieben sich, bedingt durch gesellschaftliche Veränderungen, Erfahrungen und Kämpfe, vorangetrieben durch innerlinke Konflikte. Manches, was vor der 2. Frauenbewegung selbstverständlich im Raum der Linken gesagt und gedacht werden konnte, ging da-

nach nicht mehr. Anderes kam dazu ins linke »Merkbuch des Wissens« (Brecht), was vorher nicht dringestanden hatte.

Der Raum der Linken ist sozusagen eingerichtet mit den Möbeln der historischen Erfahrung, und manchmal fliegt ein liebgewordenes Stück raus, und neue Möbel kommen rein. So hat die Erfahrung des Faschismus nicht nur den Antifaschismus zu einem grundlegenden Element im Raum der Linken gemacht, sondern auch geklärt, dass bestimmte Formen von pauschalem Antikommunismus, Anti-Sozialdemokratismus

(und heute wahrscheinlich auch Anti-Grünen-Polemik) im Raum der Linken keinen Platz haben.

Der Antinationalismus-Konflikt hatte eine spezifisch »deutsche« Form, ähnliche Konflikte finden jedoch in allen Ländern statt. So werden in der US-Linken ähnliche Fragen anhand der »Cartoon Wars« debattiert, der weltweiten gewalttätigen Proteste gegen die Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung. Auch dies sind schwierige Debatten, in denen der Raum der Linken an eine globalisierte Welt mit komplizierter gewordenen Solidaritäten angepasst werden muss.

5. Für eine linke Konfliktkultur

Die Auseinandersetzung mit der Frage, was heute links ist, macht innerlinke Konflikte nicht überflüssig. Nur durch die Konflikte einer breiten, pluralen Linken kann immer wieder herausgefunden und herausgebildet werden, was heute links ist – ein Raum solidarischer und kritischer Kooperation.

Der Konflikt ist eine linke Produktivkraft mit enormem destruktivem Potential. Damit sich die produktive Kraft von Konflikten entfalten kann, ohne den ganzen Laden in die Luft zu sprengen, sind einige Grundmaximen linker Konfliktkultur nützlich.

1. Verstehe den Konflikt

Innerlinke Konflikte lassen sich häufig nicht einfach auf das Schema typischer »Organisationsentscheidungen« bringen. Viele Entscheidungen haben reale und symbolische Bedeutung, sie haben materielle Wirkungen und senden gleichzeitig Signale aus. Über den Einzelfall hinaus, der gerade entschieden wird, bringt jeder linke Konflikt zum Ausdruck, wer und was »die Linke« sein will. Und zugleich ist jeder Konfliktpartner immer nur ein Teil der Linken, nie sie selbst.

Der erste Schritt ist, zu begreifen, was genau die Beteiligten »auf die Palme bringt« und wo die Differenzen wirklich liegen. Es kann sinnvoll sein, die Zielhierarchien aufzulisten, die man/frau selbst und die der oder die andere vertritt. Auch sollte klar gestellt werden, wer welche Mittel bevorzugt. Und letztlich sollte die unterschiedliche Einschätzung der realen Bedingungen des Handelns auf den Punkt gebracht werden. Manchmal geht es aber um ganz anderes – um einen belasteten Begriff oder um die Nichtanerkennung einer bestimmten Erfahrung, Befürchtung, Leistung. Und manchmal macht auch einfach der Ton die Musik.

2. Teile die Verantwortung – »sei der Konflikt«

Jede und jeder hat das Recht, linke Konflikte vom Zaun zu brechen und seine Meinung hart und zugespitzt zu vertreten. Aber es gibt keine besondere Institution, die dann dafür zuständig

wäre, Lösungen zu suchen und die verschiedenen Kräfte zusammen zu bringen – alle sind dafür zuständig. Deshalb ist es die Aufgabe von allen, sich auch neben die eigene Meinung zu stellen und den Standpunkt der gemeinsamen Linken einzunehmen. Wir sind nicht nur Meinungen, sondern auch Teil der Linken. Deshalb trifft uns jeder Konflikt persönlich, und deshalb müssen wir uns fragen, wie wir jetzt weiter handeln können. Vor allem bedeutet dies: In welchen Fragen können und müssen wir trotz dieses Konflikts zusammen handeln?

3. Baue Brücken

Manche meinen, in Konflikten müssten die unterschiedlichen Standpunkte erst einmal so deutlich wie möglich gemacht und der Konflikt zugespitzt werden, um sichtbar zu werden. In der Linken muss man sich um die Schärfe von Konflikten aber meist keine Sorgen machen. Eher besteht die umgekehrte Gefahr, dass Verletzungen geschlagen werden, die schwer heilen.

Wir sollten uns deshalb nicht vorschnell gegenseitig absprechen, zur Linken zu gehören. Stattdessen sollten wir klar machen, dass uns bewusst ist, dass die von uns bekämpfte Herangehensweise innerhalb der gemeinsamen linken Geschichte ihren Platz und ihre Leistungen hat, aber HIER unserer Meinung nach eben falsch ist oder aber in ihrer Konsequenz zu Ergebnissen führt, die mit linken Positionen nicht in Übereinstimmung zu bringen sind. Es ist wichtig, die subjektive Überzeugung des anderen zu achten, auch wenn man sie nicht teilt.

4. Finde und akzeptiere Kompromisse

Kompromisse sind unumgänglich, um bei unterschiedlichen Positionen gemeinsam handeln zu können. Kompromisse bestehen nicht darin, dass man sich einfach in der Mitte trifft. Sie müssen aktiv gefunden werden. Es sind Lösungsformen, die Handeln ermöglichen. Manchmal müssen dafür konkrete Fragen und symbolische Wirkungen auseinander genommen wer-

»Kanak Attak war zu Beginn ein Projekt von Leuten, die meist innerhalb der Linken sozialisiert wurden, aber der Auffassung waren, dass die deutsche Linke die Probleme und Positionen der Migranten weitgehend ignoriert. In Deutschland geht es ja bekanntlich immer ums große Ganze – da stören Migranten mit ihren ›Nebenwidersprüchen‹ nur. Wir brauchen doch Migranten gar nicht sichtbar zu machen. In Deutschland sind so genannte Ausländer oder Fremde permanent sichtbar. Es geht darum, aus dieser Sichtbarkeit ein politisches Projekt zu gewinnen – Migranten sollen sich selbst repräsentieren. Und ich habe ja eben schon gesagt: Mit diesen Ansätzen hat die Linke in Deutschland teilweise immense Probleme. Darüber hinaus gibt es in letzter Zeit Gruppen, die sich selbst für links halten, die aber gerade in ihrem rhetorischen und polemischen Kampf gegen ›den Islam‹ selbst – und zwar ganz eindeutig – rassistisch geworden sind.«

Kanak Attak, Interview

den, manchmal müssen Entscheidungen durch andere kompensiert werden usw. Der Kompromiss ist eine aktive Leistung. Wir sollten ihn deshalb nicht gering schätzen und sofort hinterher wieder in den Staub treten, sondern achten als Wegmarke für den gemeinsamen weiteren Weg. Oft erweist sich, dass durch den Kompromiss reale Fortschritte erzielt werden, die alle Seiten verändern und die Linke bereichern.

5. Ertrage Differenzen

Über viele Fragen haben wir uns schon mal gestritten, und es hat nichts geholfen. In linken Konflikten prallen keine Greenhorns aufeinander, die an dieses oder jenes einfach noch nicht gedacht haben. Deshalb muss man sich damit abfinden, dass Überzeugungen nebeneinander stehen bleiben, unversöhnt. Differenzen muss man auch aushalten können. Das ist auch wichtig, denn ohne Differenzen würde die linke Produktivkraft Konflikt nicht mehr arbeiten können.

6. Finde gemeinsame Ziele

Es ist nützlich, unter all den gegensätzlichen Zielen auch ein paar gemeinsame zu finden. Sobald gemeinsame Ziele gefunden sind, lässt sich auch über Wege streiten, sie zu erreichen. Je konkreter wir solche Ziele gemeinsam definieren (zwischen all den anderen Zielen, die wir unterschiedlich bewerten), desto besser können wir gemeinsam Strategien dafür entwickeln. Solche Ziele sind wie die nächsten zwei oder drei Schritte, sind der Weg bis zur nächsten Weggabelung. Oft sieht man dann erst, wohin es im weiteren geht.

7. Denke in Entscheidungen

Der Konflikt bewegt sich entlang von Entscheidungen. Nach dem Spiel ist vor dem Spiel: Ent-

scheidungen legen mittelfristige Wegmarken fest. Sie bedeuten weder, dass alle jetzt dieselbe Meinung haben, noch dass Richtungen ein für alle mal festliegen. Entscheidungen sind dazu da, das zu vereinheitlichen, was vereinheitlicht werden muss, und handlungsfähig zu bleiben. Entscheidungen sind gut, wenn sie auch von denen akzeptiert werden können, die sich in diesem Punkt nicht durchgesetzt haben.

8. Geht zusammen in die Kneipe

Man muss nicht alle mögen, mit denen man linke Politik macht. Aber Politik wird auch von Menschen gemacht. Ein vernünftiges Sozialleben innerhalb der Linken ist wichtig. Wenn wir uns gegenseitig als Menschen erleben (und nicht nur als »Positionsträger«), verstehen wir einander besser, können unsere Reaktionen einschätzen, lernen wir einander auszuhalten. Das Persönliche ist auch politisch, und Politik ist immer auch persönlich.

Auch wenn bestimmt nicht immer alle zusammenglücken sollten (und auch nicht wollen): Viele Konflikte hätten nicht gelöst werden könne, wenn nicht bestimmte Leute trotz gegenseitigem Ärger noch miteinander Bier, Wein oder Sojamilch getrunken hätten oder mal einen ungestörten Spaziergang bzw. eine Wanderung unternommen. Es gehört zu einer linken Konfliktkultur, dass auch der Konflikt Grenzen hat.

Die Einhaltung dieser Regeln löst nicht alle Probleme, aber sie macht die gemeinsame Arbeit zu ihrer Lösung besser möglich. Die Zapatisten haben dafür die Maxime gefunden: Fragend gehen wir voran. Man kann es auch so sagen: Alleine kann man nicht links sein. Man braucht andere dazu.

Literatur

Die folgenden Literaturhinweise sind selektiv und vorläufig. Sie verweisen vor allem auf Literatur, die bei der Entstehung des Textes eine besondere Rolle gespielt hat. Das Internetportal Linksnet (www.linksnet.de) stellt den schnellsten Zugang zur linken Diskussion in Deutschland dar.

Allgemeine Einführungen

Die einflussreichste Arbeit ist die von Norberto Bobbio: *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach 1994.

Eine sehr fundierte Darstellung der Entstehung von Grundbegriffen moderner europäischer Gesellschaften einschließlich der Positionen der Linken findet sich in: *Geschichtliche Grundbegriffe – Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. 8 Bän-

de. Im Auftrag des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte hrsg. v. Otto Brunner, Werner Conze u. Reinhart Koselleck Studienausgabe. Stuttgart: Klett-Cotta Verlag 2004.

Sozialdemokratische Neubestimmungen erfolgten u. a. in den folgenden Büchern: Peter Glotz: *Die Linke nach dem Sieg des Westens*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1992; Anthony Giddens: *Jenseits von Links und Rechts*. Frankfurt/Main 1994; Thomas Meyer: *Theorie der sozialen Demokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005.

Im Rahmen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Zeitschrift *Sozialismus* wurden folgende Darstellungen linker Positionen erarbeitet: *Zur Programmatik des Demokratischen Sozialismus*. Kommentar. Berlin: Karl-Dietz-Verlag 1997; Dieter Klein (Hrsg.): *ReformAlternativen*. sozial

– ökologisch – zivil. Schriften-Reihe der RLS, Bd. 2. Berlin: Karl Dietz Verlag 2000; Dieter Klein: Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Karl-Dietz-Verlag 2003; Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hg.): Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch, Berlin: Karl Dietz Verlag 2005; Christoph Spehr: Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation. Berlin: Karl Dietz Verlag 2003.

Zum Verständnis der Ideen im Umfeld des Weltsozialforums sei vor allem auf folgende Publikation verwiesen: Anita Anand; Arturo Escobar; Jai Sen; Peter Waterman (Hrsg.): Eine andere Welt – Das Weltsozialforum. Berlin: Karl Dietz Verlag 2004.

Eine Darstellung der Ideengeschichte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vom Standpunkt der Revolte findet sich in: Albert Camus: Der Mensch in der Revolte. Essays. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1969.

Eine Übersicht zur politischen Ideengeschichte auch der Linken gibt die Reihe Frank Deppe: Politisches Denken im 20. Jahrhundert, 3 Bände, VSA-Verlag Hamburg 1999–2006.

Wichtige Beiträge zu verschiedenen Aspekten

Wolfgang Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt a.M. 1965.

Ann Anders (Hg.): Autonome Frauen. Schlüsselformen der Neuen Frauenbewegung seit 1968, Frankfurt a.M. 1988.

George Lakoff: Don't Think of an Elephant! Know Your Values and Frame the Debate, White River Junction 2004.

Rainer Land: Moderner Sozialismus versus Neoliberalismus, in: Das Argument 233 (1999) S. 811–826.

Herbert Marcuse: Der Eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Schriften Band 7.

Pietro Ingrao/Rossana Rossanda: Verabredungen zum Jahrhundertende, Hamburg 1996.

Klaus Theweleit: Männerphantasien, 2 Bände, Frankfurt a.M. 1978.

Michaela Wunderle (Hg.): Politik der Subjektivität. Texte der italienischen Frauenbewegung, Frankfurt a.M. 1977.

Redaktion Sozialismus/Redaktion express (Hrsg.) Perspektiven der Gewerkschaftslinken, in Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7–8 1999.

Linke Geschichte und Räume der Linken

Zur Entstehung egalitärer Tendenzen im höheren Tierreich ist lesenswert: Christopher Boehm, Hierarchy in the Forest. The Evolution of Egalitarian Behavior, Cambridge 1999.

Historische Abrisse finden sich in: Frank Bardelle: Jenseits des Atlantik. Zur Kritik der

eurozentrischen Kultur- und Kolonialgeschichtsschreibung, Prokla 76, Berlin 1989; Hans Manfred Bock: Geschichte des ›linken Radikalismus‹ in Deutschland, Frankfurt a.M. 1976; Max Beer: Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe. Berlin: Verlag für Sozialwissenschaft 1924; Edward P. Thompson: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Zwei Bände. Frankfurt a.M.: edition suhrkamp 1987; gruppe montage: Postfordistische Guerilla. Vom Mythos nationaler Befreiung, Hamburg 1998; Wilfried Gottschalch: Parlamentarismus und Räte Demokratie. Mit Texten von Rühle, Adler, Marx, Korsch u. a., Berlin 1968; Werner Hofmann: Ideengeschichte der sozialen Bewegung, Berlin 1979; T. Holert u. M. Terkessidis (Hg.), Mainstream der Minderheiten. Pop in der Kontrollgesellschaft, Berlin 1996; Peter Lamborn Wilson: Pirate Utopias. Moorish Corsairs & European Renegades, New York 1995; Peter Linebaugh and Marcus Rediker: The Many-Headed Hydra. Sailors, Slaves, Commoners, and the Hidden History of the Revolutionary Atlantic, Boston 2000; Silvia Kontos: Die Partei kämpft wie ein Mann. Frauenpolitik der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1979; Wohlfahrtsausschüsse (Hg.): Etwas Besseres als die Nation. Materialien zur Abwehr des gegenrevolutionären Übels, Berlin 1994; Frank Deppe Die Linke in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1, 2000.

Zu autoritären Einstellungen linker Wähler: Erich Fromm: Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches (1929), München 1980. Siehe auch: Der autoritäre Charakter, in: Fromm: Die Gesellschaft als Gegenstand der Psychoanalyse. Frühe Schriften zur Analytischen Sozialpsychologie, Frankfurt a.M. 1993, S. 69–132.

Zum linken Politikbegriff: Johannes Agnoli und Peter Brückner: Die Transformation der Demokratie, Frankfurt a.M. 1968; Fara Dustar: Abschied von der Macht, Frankfurt a.M. 1996; Nancy Fraser: Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaates, Frankfurt a.M. 2001; dies: Sex, Lies and the Public Sphere, in: J. B. Landes (ed.): Feminism, the Public and the Private, Oxford 1998; Paul Tiefenbach: Die Grünen. Verstaatlichung einer Partei, Köln 1998.

Theoretische Hintergründe

Das linke Standardwerk zur Moderne ist die marxistisch inspirierte Darstellung von Stuart Hall, David Held, Don Hubert, Kenneth Thompson (Hrsg.): Modernity. An Introduction to Modern Societies. Oxford: Blackwell 1996.

Einführungen in Theorien der Herrschaftsfreiheit finden sich in: Rüdiger Haude und Thomas Wagner: Herrschaftsfreie Institutionen, Baden-Baden 1999; Christian Siegrist: Regulierte Anarchie, Frankfurt a.M. 1967.

Positionen einer linken Transformationsstrategie sind entwickelt in: Michael Brie, Michael Chrapa und Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe. Berlin: Karl Dietz Verlag 2002.

»Klassische« Texte

Karl Marx; Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 4, S. 459–493 (http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm)

Wladimir I. Lenin: Der »Linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus (1920). (http://www.linksruck.de/litera/klassik/l_lira.htm)

Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Werke, Bd. 4. Berlin: Karl-Dietz-Verlag 1974 (http://www.mlwerke.de/lu/lu3_106.htm)

Antonio Gramsci – Gefängnishefte. Herausgegeben von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. Argument Verlag, Hamburg/Berlin 1991ff. (eine knappe Auswahl aus seinen Werken findet sich in: Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur. Leipzig: Reclam 1980)

Nicos Poulantzas: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA 2002

Paulo Freire: Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit. Reinbek Hamburg 1973

Literarische und kulturelle Texte

Bertolt Brecht: Über Realismus. Texte zur Kultur, Frankfurt a. M. 1971.

Ursula LeGuin: Planet der Habenichtse. Roman, Hamburg 1999.

Doris Lessing: Das goldene Notizbuch. Roman, Frankfurt a. M. 1978; Schritte im Schatten. Autobiographie, München 1999.

Kim Stanley Robinson: Roter Mars, Grüner Mars, Blauer Mars (3 Bände). Romantrilogie, München 2002 ff.

Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands. Roman, 3 Bde Berlin 1983.

Empirische Meinungsforschung

Eine kurze Einführung zur Wahlforschung auch unter den Gesichtspunkten gesellschaftlicher Konfliktlinien, von Milieus, Werten und den Faktoren, die Wahlverhalten beeinflussen, finden sich in: Die Modelle der Wahlforschung, dargestellt von Andreas Hahn (<http://www.aillyacum.de/Dt/Wahlen-Deutschland/Wahlforschung/Wahlforschungsmodelle.html>)

Eine gute Information über die Methodik der Befragung findet sich in der Darstellung der Harold-Hurwitz-Befragung der Freien Universität Berlin: www.polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/BusVar97.doc. Sehr anschaulich wird dies in einer Powerpoint-Präsentation von 2005 für die Schweiz gemacht: www.gfsbern.ch/pub/berner-pr-gesellschaft.pdf.

Zu einer Trendanalyse bis 2003: Elisabeth

Noelle: Der Linkstrend ist gestoppt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. November 2003 (im Internet unter: <http://www.politikforum.de/forum/showthread.php?threadid=41582>) (sie analysiert die Entwicklung der Selbsteinstufung von »rechts« und links seit den 70er Jahren)

Aktuelle Texte

Georg Fülberth: Basisbegriffe der Linken, Vortrag im Rahmen der Reihe »Missing Links«, Marburg 1998/99 (http://www.joerg-gessner.de/prv/fag/texte/text_2.html)

Frigga Haug: Lernverhältnisse. Selbstbewegungen und Selbstblockierungen. Hamburg: Argument Verlag 2003

Joachim Bischoff; Joachim Hirsch; Karl Georg Zinn: Globalisierung, Neoliberalismus, Alternativen. In: Sozialismus. Supplement 12/2003.

Matthias Greffrath: Was heißt Links? In: Die ZEIT vom 14. Juli 2005 (<http://zeus.zeit.de/text/2005/29/Linkssein>)

Michael Hardt und Antonio Negri: Multitude. Krieg und Demokratie im Empire, München 2004.

Prokla 141: Die Zukunft ist links, Berlin 2005.

Michel Aglietta; Antoine Reberlioux: Vom Finanzkapitalismus zur Wiederbelebung der sozialen Demokratie in Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3, 2005.

Die Zukunft der Linken. In: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 171/172 (Dezember 2005)

Oskar Lafontaine: Grundlinien linker Politik. In: Mit dem Sozialismus rechnen. XI. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz, 14. Januar 2006. junge welt 2006, S. 4–8

Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland. Diskussionsgrundlage der gemeinsamen Programmkommission von Linkspartei.PDS und WASG (Februar 2006) (http://sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/protokolle/programm/view_html?zid=31907&bs=1&n=1)

Theodor Bergmann: Friedliches Hineinwachsen in die Kapitulation. Linke Regierungsbeteiligungen – von 1899 bis heute. In: junge Welt, 14./15. Januar 2006

Harald Wolf: Zwei entscheidende Jahre. Plädoyer für die Fortsetzung der rot-roten Koalition über 2006 hinaus. <http://www.pds-berlin.de/partei/deba/2004/0409226wolf.html>

Hans Heinz Holz: Linke in Deutschland. <http://www.kominform.at/article.php?story=20051110200041369>

Zur Vereinnahmung sozialer Proteste durch die Rechte: Arbeitsgruppe »Rechtsextremismus« in ver.di Berlin Brandenburg: Rechte Gespenster. O. J.

Zur aktuellen Utopie-Debatte: Kurswechsel 1/2005, Alternative Ökonomien – Alternative Gesellschaften, Wien 2005

IMPRESSUM

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V.
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
info@rosalux.de
www.rosalux.de

WISSENTransfer

Wissenschaftliche Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftspolitik e. V.
Lange Koppel 120
22926 Ahrensburg
buero@wissentransfer.info
www.wissentransfer.info

Vi.S.d.P.: Marion Schütrumpf

rls

WISSEN
Transfer